

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 24. Juli 1925

Nummer 30

## INHALTSVERZEICHNIS

Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften . . . . .	E. D.
Die Lohnbewegung der Berliner Gas- und Wasserwerksarbeiter . . . . .	G.
Solltarif und Lebenshaltung . . . . .	.
Der Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände in Theorie und Praxis . . . . .	Holm
Organisationsgedanken . . . . .	Erich Eichhorn
Die Staatsarbeiter Bayerns und ihre neuen Tarife . . . . .	S. M.
Frankfurt a. M. . . . .	S. S. G.
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer Bewegung Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

**Kennen Sie Kaiser's**  
Wäschepreise? Sofort verlangen! Oberhemd mit 2 Krägen nur 5,50 M. Linon-Bettgarnituren, 3teilig nur 11,50 M. M. Bruno Kaiser, Oberlichtenau, Bez. Dresden.

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern**

1 Pfd. graue, gute, geschliss. 1,25 M. halbweiße 1,50 M. weiße flaumig, geschlissene 2,25 M. feinst. Halbflaum-Herrschaftsfedern 4,3, 6 M. 1 Pfd. Ruppfedern ungeschl. mit Flaum gemengt, halbweiß 2,20 M. weiße 2,50, 3,25 M.; allerfeinstes Flaumwulst 4,5 M.; Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Ausführliche Preisliste gratis.  
**S. Reisch, Prag-Wienberge, Trautsonova Nr. 24/91, Böhmen.**

**Rheinisches Apicikraut**, altbekannte Güte, auch im Sommer unbegrenzt haltbar, liefert zu Mk. 5,50 pro 10 Pfund. Panchener frei gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung auf Postschekkonto 3608 Kfm. **ERNST ADRIAN, OBERCASSEL, Siegfriedstr. 19, Rhein. Apicikraut u. Getreideh.**

**Von Würmern befreit**  
rasch und radikal der echte Herbaria-Worm-Tee. Er reinigt Darm und Magen von dem jetzt massenhaft auftretenden Spul- (Eingeweide) und Maden- (Alter) Würmern, welche Kindern und Erwachsenen Säfte und Kräfte aufzehren, Magen und Därme zerlegen und an der Gesundheit große Schäden verursachen. Massenhafte Dankschreiben bezeugen die radikalen Dauererfolge selbst in jahrelangen Wurmliden, wo vieles erfolglos war. Für Spulwurmkur 1-2, für Madenwurmkur 3-6 Pakete erforderlich. Paket 2,50 Goldm. Radikal-Bandwurmmittel 3 Goldm. Vertrieb Bandwürmer, mit Kopf radikal in einigen Stunden Versand gegen Vorweisung des Betrages. Herbaria-Kruterparadies, Philippsburg 305 (Baden)

**Kollegen!**  
Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unverlangte **Nachnahme-Sendungen** die die Post verlegt, **nicht eingelöst** zu werden brauchen. Es besteht also keinerlei Verpflichtung, **Nachnahme-Sendungen**, die nicht bestellt sind, vom Postboten durch **Bezahlung** anzunehmen.

**Einft und jetzt.**  
In der Postkutsche machten unser Großväter gemächlich ihre Reisen, heute ist Zeit Geld. Die Beförderungsmittel ändern sich, und wir benutzen Eisenbahn, Auto und, um am bequemsten vom Fleck zu kommen, gleichzeitig aber auch, um unserer Gesundheit zu nützen, das Fahrrad. Es kommt bei diesem Beförderungsmittel weit mehr als bei jedem anderen darauf an, daß es bis ins kleinste erstklassig ist. Das „Sigurd“-Rad wird jedem, auch dem verwöhntesten Anspruch gerecht. Alle Vorzüge eines Fahrrades höchster Klasse sind in ihm vereint. Geschweißte Rahmen gibt es nicht mehr. An ihre Stelle sind die hartgeformten Rahmen aus nahtlos gezogenen Rohren getreten. Hinzu kommt ferner der Torpedo-Freilauf. Im übrigen bürgt eine dreijährige Garantie für hochwertige Qualitätsware. Durch den wahrhaft niedrigen Preis wird das „Sigurd“-Rad erst recht zum Volksverkehrsmittel gestempelt. Allen Interessenten sei empfohlen, sich den reichhaltigen Katalog der Firma Sigurd-Gesellschaft m. b. H. in Cassel umsonst zusenden zu lassen.



Ist das Zeichen, Erkennungszeichen der Namen des Reinigungsmittels für Alle und Alles, eine milde, wirkungsvolle Paste an Stelle von Seife, Schmirgel, Putzmittel, Sand, Kesseln hilft der Frau bei allen häuslichen Reinigungsarbeiten. Aluminium und Hausgeräth wird blank, die Hände schonen trotz schmutztrübender Hausarbeiten durch. Kalkflecken wieder sauber und geputzt aus Kalkflecken dem Mann vom Arbeitsschutz. Auch die starke Arbeitshand der Mannes soll schön und gepflegt sein, gleichgültig ob Arbeiter oder Sportsmann. Kein Geheimnisvoller, unkontrollierbarer teurer Schmelzschutz. Ganz billig. Aengstliches Sparen unnötig. Versand erfolgt verpackungs- und postfrei gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages. Ladenpreise: Dose Größe I - 1 Pfd. 0,50 M., Größe II - 200 g 0,30 M., Versandpreise: Dose Größe II - 200 g 0,35 M., Größe I - 500 g 0,75 M. Postholz enthaltend 20 Dosen Größe II 6,20 M. oder 6 Dosen Größe I 3,30 M. Babynäse: 100 Dosen Größe II 30 M. oder 50 Dosen Größe I 25 M. Emallemöbeln 7,5-kg Inhalt, 6,50 M. Wiederverkäufern Rabatt. Belieferung von Betrieben, welche d. Belegschaft Reinigungsmittel zu stellen haben. Heinenwerk G. m. b. H. Berlin b. Magdeburger Str. 6, Kurf. 0366.

**Gummi Saug.eich.hyg. Art. Preis. send. gratis, disktr. Versand. Pharm. Hyg. Industrie Modern, Berlin W 34, Wilmersb. 23 f.**

**Junge Hühner** beste Lager, ca. 1,20 M. liefert Geflügelhof in Mergentheim C. G. Preisliste frei

Ganz vorzüglich schmeckt ein selbstgebackener

# Käsekuchen

nach folgendem

## Oetker-Rezept:

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.

Zutaten zum Teig:	
60 g Butter oder Margarine	100 g Weizenmehl
1 Ei	2 Teelöffel voll von Dr. Oetker's „Backin“
50 g Zucker	
Zutaten zum Belag:	
200 g Quark	2 Eier
1/2 Liter saurer Rahm	1 Eßlöffel voll Dr. Oetker's Quark
50 g Zucker	80 g Korinthen
1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	

**Zubereitung:** Zuerst bereitet man den Märbeteig. Eier und Zucker werden verührt. Dann arbeitet man die kaltgestellte und in Stückchen zerhackte Butter mit dem Rest des Mehlens unter die Masse und rührt nötigenfalls soviel Mehl hinzu, daß sich der Teig ausrollen läßt. Mit dem fertigen Teig belegt man das Backblech, springt ihm. Dann wird der Quark durch ein Sieb gerieben, mit dem Rahm, Zucker, Vanillin-Zucker, Eidottern, Korinthen und Gustin glatt gerührt, zuletzt mit dem Eierschnee, vermischt, auf den Teig gegossen und im heißen Ofen schnell gebacken.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, gratis und franko von

# Dr. A. Oetker, Bielefeld

**Käse-Fabrik Großhandel Import**

**Leitsprüche für Haut- und Beinranke**  
Was half schon vielen auf die Beine?

Wollt ihr's nicht, so schenkt es den Beinhaken, um herumzugehen, sie sind das Weg zu einem Leben ohne Schmerzen, der euer Befreiung von sie legt auch für die Mittel der. Knebeln und parohel, bringt die Post des Buch herbei!

Dr. Ernst Strahl G. m. b. H. Hamburg 1, G. 143, Rosenfelderhof 22/23  
Fabrik deutscher Präparate und Verbandstoffe.  
Unsere 40 Seiten starke Broschüre, befreit: Beobachtungen und Erfahrungen bei der Selbstbehandlung chronischer Haut- und Beinranke, sowie Rheuma, Gicht, Krämpfe, handelt nach vor. Kämpfungen und deren Folgen.

**C. Armbuster,** Altkönigsstr. 6 (Hohenzollern)

**SIGURD-RADER**

**MUSIK Instrumente**

Enorm billig und doch gut!

Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der SIGURD-GESELLSCHAFT m. b. H. CASSEL 107

Eine Dichtung von hinreißender Leidenschaftlichkeit

HEINRICH LERSCH

# MENSCH IM EISEN

Gesänge von Volk und Werk • Gebund. 4,50 Mk. in Ganzl. 6.— Mk.

Deutsche Verlags-Anstalt • Stuttgart • Berlin • Leipzig

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moabitplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften.

### III. Die Tarnow-Broschüre.

**T**uerdings ist nun das Organisationsproblem von Genossen Tarnow in einer besonderen Broschüre aufgerollt worden. Anlaß dazu gaben ihm die zahlreichen Sitzungen mit den verschiedenen Verbänden. Er hat die Situation zunächst in der „Holzarbeiter-Zeitung“ in einer Artikelreihe von seinem Standpunkte aus gekennzeichnet. Diese Artikel sind dann in Broschürenform im Verlage des Holzarbeiterverbandes erschienen. Wenn man ganz unvoreingenommen den Darlegungen Tarnows in dieser Artikelreihe folgt, so muß man zu dem Gedanken kommen, daß hier versucht wird, unter Ausbeutung von sehr viel Scharfsinn den Grundgedanken zur Schaffung gesicher leistungsfähiger gewerkschaftlicher Zweigverbände förmlich zu sabotieren. Tarnow kommt in seiner Broschüre zunächst zu der Forderung, entweder die Leipziger Resolution Dismann wird aufgehoben oder eine andere Abgrenzung der Gewerkschaften unter Aufhebung der bisherigen Statuten muß zwangsmäßig vorgenommen werden. Er redet zwar auch der „Entwicklung“ das Wort, die entscheiden soll, welcher Organisationsplan notwendig ist. Es trifft in diesem Falle zu, was meistens von der Entwicklung zu sagen ist. Sie ist ein Werk der Menschen. Insbesondere ist die Einstellung der willensstarken Menschen, welche ja auch die Führung in den deutschen Gewerkschaften haben, das Entscheidende für die Entwicklung, und wenn so willensstarke Menschen, wie Tarnow sich gegen eine Beschleunigung des Konzentrationsprozesses wenden, so muß naturgemäß eine starke Hemmung entstehen. Allerdings wird Freund Tarnow bestreiten, daß er sich dagegen wendet. Das ist das Charakteristische der Gegner der Industrieverbände überhaupt, daß sie zwar der angeblichen Entwicklung ihren Lauf lassen wollen, diese Entwicklung aber zu hemmen versuchen in der Praxis, wo es nur möglich ist. Wir bedauern außerordentlich, daß Tarnow, in dem wir einen der tüchtigsten Gewerkschaftsführer Deutschlands schätzen, sich anscheinend so festgelegt hat, daß er von seinem Wege nicht abkommen kann. Die Versuche in seiner Broschüre, den Entwicklungsprozess klarzustellen, laufen zum Teil darauf hinaus, daß er überhaupt, die Industrieorganisation auf Basis der Betriebe sei eine kommunistische Forderung. Er versucht damit die Sache gewissermaßen zu diffamieren, anstatt sie objektiv zu würdigen.

Zwei Gesichtspunkte, so meint Tarnow, seien von der Berufsorganisation im ganzen genau so zu lösen, wie von den Industrieverbänden, nämlich die Lohnbewegungsfrage als auch die Frage der Tarifverträge überhaupt. Wir sind ganz anderer Meinung. Nach den Erfahrungen unserer Einheitsorganisation, die ja durchaus alle Parallelen zu andern Industrieverbänden zuläßt, waren wir genau so in der Lage, systematisch und planmäßig die Lohnbewegungen voranzutreiben als auch und vor allen Dingen die Tarifverträge mit umfassendstem Charakter abzuschließen. Wir werden in einem besonderen Kapitel noch auf unsere Organisation zu sprechen kommen und möchten uns mit dieser Randbemerkung in dem Zusammenhang begnügen. Tatsache ist, daß alle Gewerkschaften gerade die Schaffung einheitlicher Reichsmanteltarifverträge sowie Bezirkslohntarifverträge zur Voraussetzung haben, daß die beteiligte Industrie möglichst einheitlich in einem Verband organisiert ist. Das haben die Holzarbeiter doch oft genug bei ihren

Kämpfen und auch bei der jüngsten Aussperrung feststellen können, daß sie gerade infolge ihrer geschlossenen Industrieorganisation in der Lage waren, dem noch ziemlich zerplitterten Unternehmertum mit Erfolg gegenüberzutreten, und den Kampf siegreich zu bestehen. Es muß aber auch ferner festgestellt werden, daß einzelne kleinere Berufsverbände, zu denen ja auch der Maschinen- und Heizerverband zählt, mancherlei Kämpfe begonnen haben, die nicht erfolgreich durchgeführt werden konnten und die obendrein große Industrieverbände stark in Mitleidenschaft zogen, obwohl sie über den Beginn des Kampfes nicht mit zu entscheiden hatten. Diese Situation ist auf die Dauer für die Industrieverbände unerträglich. Das allein müßte schon dazu führen, eine stärkere Solidarität zu schaffen, wie sie sich in den Konkurrenzunternehmen der kleineren Organisationen gegen die größeren in solchen Fällen leider nicht auswirkt.

Nun führt Tarnow auch noch an, daß die Kopf- und Handarbeiter zusammenzubringen, glatt unmöglich sei, so daß die Drei-Säulen-Theorie entstand, die bereits in die Praxis umgesetzt wurde mit den 3 Vorständen und Ausschüssen des ADGB, APl.-Bund und ADB. Aber diese Teilung ist doch eine wesentlich verschiedene von der der Arbeiterorganisationen untereinander. Wenn man auch verschiedener Meinung sein kann, inwieweit z. B. beim ADB die kleineren Beamtengruppen für sich selbstständig oder als sogenannte Gemischtorganisationen sich einem Industrieverband des ADGB als Beamtensektionen angliedern sollten, wie das z. B. beim Verkehrsband, bei den Eisenbahnern und bei den Gemeindefacharbeitern der Fall ist, so sind im übrigen doch wenig Parallelen gegeben. Tarnow sagt Seite 17: „Selbst wenn man den Gründen, die für eine betriebliche Zusammenfassung sprechen, das Uebergewicht zuweisen will,“ so seien doch 6 Punkte nicht zu verkennen, die für die Berufsorganisationen sprechen, und zwar:

1. für die organisatorische Erfassung der Arbeiter durch den Appell an die Berufssolidarität;
2. für die gewerkschaftliche Schulung und Disziplinierung;
3. für die Pflege von Einrichtungen, die der beruflichen Fortbildung der Mitglieder dienen, sowie Mitwirkung in der Lehrlingsfrage;
4. für die Erhaltung der Organisationstreue, da der Beruf in der Regel das Bleibende ist, während der Arbeitsplatz und die Industrie wechseln;
5. für die Regelung der Unterflügelungseinrichtungen, die in gleichen Berufen einheitlicher geregelt werden können als in gemischtberuflichen Industrieverbänden;
6. für den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse die vorwiegend nach beruflichen Gesichtspunkten geordnet sind.“

Hierzu wäre zu sagen, daß 1. die Berufssolidarität sich ganz bestimmt nicht stärker auswirkt wie die allgemeine Arbeiter-Solidarität, wie sie sich in den großen Industrieverbänden auswirkt. Die großen Industrieverbände sind natürlich auch in der Lage, (2) die gewerkschaftliche Schulung und Disziplinierung in stärkerem Maße zu gestalten und mannigfaltiger vorzunehmen als die kleinen Berufsverbände. Zu 3 ist zu sagen, daß durch die Einrichtung besonderer Branchen in allen Industrieorganisationen die planmäßige berufliche Fortbildung mindestens genau so gepflegt werden kann

wie in den Berufsverbänden, wenn nicht besser. Wir selbst haben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, wenn auch mit unendlicher Mühe, so doch mit gutem Erfolge eine wahre Revolution in bezug auf die berufliche Ausbildung, staatliche Prüfung und Anerkennung sowie Fortbildung der Mitglieder durchsetzen können als Einheitsverband. Was nun zu 4 die Organisationsstreue anlangt, so muß doch das Entscheidende für die Arbeiterchaft sein, daß die Betroffenen überhaupt organisiert bleiben. Wer diesen Gedanken erst einmal erkannt hat, für den ist es auch nicht weiter erschütternd, wenn er zu einem anderen Verband übertritt, und die Fluktuation in den Berufsverbänden zeigt auch heute noch ein so mannigfaltiges Bild, wie es wesentlich stärker kaum in den Industrieverbänden zu verzeichnen ist. Man kann vielleicht als rühmliche Ausnahme die Buchdrucker oder das graphische Gewerbe nennen, die, das trifft zu 5 zu, durch weitestgehende Unterstützungseinrichtungen eine Sicherung gegenüber dieser Mitglieder-Fluktuation gefunden haben, dessen die Großverbände vielfach noch entbehren.

Die Einheitslichkeit in den Unterstützungseinrichtungen ist im übrigen nicht so schwierig herzustellen. Alle Industrieorganisationen haben ein automatisch funktionierendes System eingeführt — wie wir Gemeindegewerkschaften auch —, das darin besteht, daß je nach der Zahl der Wochenbeiträge und der Höhe des Stundenlohns die Unterstützungen mit einer bestimmten Zahl multipliziert werden, so daß damit ein gar nicht so kompliziertes Unterstützungssystem eingeführt ist.

Was nun endlich den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse anlangt, so ist doch zu sagen, daß in den letzten Jahren die Großkämpfe es mit sich brachten, daß kleinere Berufsgruppen förmlich überannt worden sind und zeitweilig gerade aus diesem Grunde gezwungen wurden, sich in die Arme der Industrie-Organisation zu stützen.

Das alles ist dem Genossen Larnow im übrigen genau bekannt. Wir müssen uns wundern, daß er die „Schönheiten“ des Berufsprinzips trotzdem erneut begründet, indem er keineswegs eine „Erstarrung“ der Gewerkschaftsform wolle, da ja doch die Entwicklung bisher auch ständig im Fluß gewesen sei. Wir haben in den vorausgegangenen Artikeln den Nachweis einwandfrei erbracht, daß diese Entwicklung verdammt langsam gegangen ist, und daß wir auch offensichtliche Schäden in der deutschen Arbeiterbewegung aufweisen können, die durch diesen langsamen Gang der Entwicklung entstanden sind. Aber es ist natürlich nutzlos und nicht unsere Aufgabe oder Absicht, Vorwürfe für die Vergangenheit zu erheben. Es handelt sich darum, für den Breslauer Gewerkschaftskongreß eine Basis zu finden, die den Industrieorganisationsgedanken zu schnellerem Gelingen verhilft. Nun muß daran erinnert werden, daß ja bereits die größere Hälfte der Organisationen Deutschlands Industrieorganisationen oder Betriebsorganisationen sind. Die Industrieverbände, die auf der Basis der Betriebszusammenfassung sich mehr oder minder auswirken, sind vor allem der größte Teil des Metallarbeiterverbandes, die Bergarbeiter, der Baugewerksbund, die Brauereiarbeiter, die Eisenbahner und der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Beim Verkehrsband trifft diese Tendenz nicht so klar zu, ehe noch beim Fabrikarbeiterverband, dessen Agitationsgebiet ja eigentlich ziemlich scharf umrissen ist. Daher halten wir auch die frühere gemeinschaftliche Kampfesfront mit den Fabrikarbeitern für viel natürlicher als den jetzigen Standpunkt des Genossen Breg, der sich auf die Seite der Berufs-Gewerkschaftler „ohne Beruf“ geschlagen hat. Unser alzu früh verstorbenen Freund Schneider, der frühere Redakteur des Fabrikarbeiterverbandes, hat diese Gedankengänge in einer trefflichen Broschüre über „Berufsorganisation oder Industrieverbände“ niedergelegt.

Larnow erwähnt in seiner Broschüre auch die „Konzern-Tendenz“ des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Er meint, warum denn daraus die Konsequenzen nicht gezogen werden, daß alle Straßenbahner mit hineinbezogen werden. Nun, wir sind allgemeinlich nicht so expansionsfüchtig wie viele auferstehende Berufsgewerkschaftler glauben. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die in Kommunalbetrieben beschäftigten Straßenbahner prinzipiell unsern Verband als Organisationsgebiet zugesprochen werden müßten. Auf die privaten Straßenbahner verzichten wir! Um des lieben Friedens willen sind wir auch bereit, Kartellverträge abzuschließen, die es beiden Organisationen ermöglichen, miteinander ohne Streit auszukommen. Larnow behauptet Seite 24 seiner Broschüre, daß der Maschinen- und Heizer-Verband in seiner Existenz durchweg begründet sei. Er macht sich die Beweisführung allerdings sehr leicht. Die eine Tatsache, daß in anderen Verbänden zusammengefaßt mehr Maschinen- und Heizer organisiert sind als in deren „Berufsorganisationen“, gibt doch immerhin zu denken. Im übrigen mutet diese Namensanwendung „Beruf“ in diesem Falle obendraß

etwas eigentümlich an. Doch darüber wollen wir nicht weiter reden.

Wir möchten fast sagen, daß Larnow versucht, ein Prinzip zu Lade zu reiten. Gemiß ist die Verschmelzung der Verbände seit Leipzig nicht unerheblich. Wir haben aber andererseits allein vier graphische Verbände und wenn auch zugegeben ist, daß sie in ihrer Art alle vier Lichtiges geleistet haben, so wollen wir das auch nicht überschätzen. Gerade wer jahrelang in den Reihen des graphischen Berufes gestanden hat, wird wissen, welche schwere Zeiten z. B. die Buchdrucker durchgemacht haben, so daß eine Massenabwanderung in die anderen Industrien erfolgte von dieser „hochberuflichen“ Organisation. Aber nach dem neuesten Geschäftsbericht 1924 sind es viele Tausende, die heute noch nicht wieder zurückgekehrt sind zum alten Beruf, trotz der gegenwärtigen ungewöhnlich günstigen Hochkonjunktur.

Run fordert Larnow Seite 20 „aus Konsequenz“ die Verschmelzung der Eisenbahner, des Verkehrsbandes und der Gemeindearbeiter. Das muß manchem unserer Kollegen ein wenig verdächtig erscheinen. Wir können beim besten Willen auch nicht annehmen, daß Larnow nicht irgendwelche Hintergedanken bei der Geschichte hätte. Der jetzige Verkehrsband steht nur mit einem Teil seiner Mitglieder in öffentlichen Verwaltungen, während ein großer Teil berufsmäßig gegliedert ist oder, wie z. B. im Handel und Gewerbe eine mittlere Linie innehält. Nach dem Prinzip der reinen Industrieorganisation müßte der Verkehrsband Tausende, wenn nicht Zehntausende seiner Mitglieder an den Metallarbeiter-Verband und einige andere Industrieverbände abgeben, da sie in diesen Betrieben als Hilfsarbeiter keine ausschlaggebende Zahl sind. Ein anders gearteter Verkehrsband könnte sehr wohl mit den Eisenbahnern und uns zunächst ein Kartellbündnis eingehen, wie es gegenwärtig ja auch geplant ist. Dazu bedarf es aber zuvor einer ganz erheblichen Umstellung im „Verkehrsband“ im Sinne des Grundgedankens der Industrieorganisation. Da neuere Verhandlungen zwischen unserm Verband und dem Eisenbahner-Verband sowie dem Verkehrsband im Gange sind, und auch die „Bereinigung“ der Grenzen bezüglich der Straßenbahner, Reichswasserstraßen usw. dabei angestrebt wird, so dürfte sich auf diesem Gebiet über kurz oder lang auch eine volle Verständigung erreichen lassen.

Larnow kommt in seiner Broschüre zu dem Endresultat, daß der A.D.G.B. leider nur eine Dachorganisation sei. Er müsse zu einer Spitzenorganisation werden. Der Bund müsse Entscheidungsrecht über weittragendere Dinge haben als bisher. Wir neigen im großen und ganzen dieser Auffassung zu unter einer sehr wichtigen Voraussetzung, nämlich, daß die Zusammensetzung des jetzigen A.D.G.B.-Vorstandes und des Bundesauschusses nicht mehr wie bisher so ausgesprochen den Berufscharakter trägt, sondern daß die Industrie- und auch die Betriebsorganisationen einen wesentlich stärkeren Einfluß erlangen. Im übrigen findet Larnow nur einen negativen Ausweg, indem er erklärt: „Das Todesurteil eines Verbandes durch Kongreßbeschluss ist unumgänglich.“ Er weist dabei u. a. auf die Drohung des Fabrikarbeiter-Verbandes mit Austritt aus dem A.D.G.B. hin. Kein Zwang dürfe geschehen, das bisherige Prinzip der Berufsabgrenzung müsse gewahrt bleiben, ebenso die Garantie des Bestandes. Sonst entsteht ein „Faustkampf“ der Verbände. Run denn, der Faustkampf besteht in mancher Beziehung schon heute, und wie eine der letzten Nummern des „Maschinen- und Heizer“ beweist, sogar in recht robuster Form. Wir wollen uns in diesem Zusammenhang nicht darauf einlassen, sondern nur feststellen, was ist. E. D.

Lebensmittelpölle bedeuten Lebensmittelerzeugung, bedeuten daß jeder Haushalt im Durchschnitt mehr als 150 Mk., mehr als 10 Proz. seines Einkommens für die großagrarische Grundrente opfern muß, bedeuten ein Geschenk an die Junter von mehr als 1 Milliarde Mk. im Jahr, bedeuten eine Minderung des Gesamtvertrages der Volkswirtschaft, bedeuten also nicht Schutz der nationalen Arbeit, sondern die Verklümmung der nationalen Arbeitskraft durch Unterernährung und ihre allgemeine Auspovertung. 1 Milliarde Goldmark und mehr noch soll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelpöllen zutreffen! 150 Goldmark und mehr noch soll ihr jeder Familienvater opfern! Um 10 Prozent und mehr noch soll sein Reallohn sinken! Mindestens 150 Mk. (einhundertfünfzig Mark) muß der Familienvater jährlich für Lebensmittelpölle zahlen, wenn die Zollvorlage der Regierung Gesetz wird. Das sind 12,50 Mk. im Monat, das sind 10 Proz. bei einem Stundenlohn von 62 Mk. Diese Last muß selbst ein Familienvater tragen, der wegen seines geringen Lohnes von der Lohnsteuer befreit ist. Wehrt euch gegen die Zollvorlage!

## Die Lohnbewegung der Berliner Gas- und Wasserwerksarbeiter.

Durch die in den letzten Monaten eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung sah sich die Ortsverwaltung Berlin gezwungen, das am 2. April 1925 abgeschlossene Lohnabkommen am 17. Juni zu kündigen und den Direktoren Forderungen auf gleichmäßige Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Stunde für alle Arbeiterkategorien zu unterbreiten. Die Arbeitgeber erklärten sich durch Schreiben vom 24. resp. 26. Juni zu Verhandlungen bereit mit dem gleichzeitigen Hinweis, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage, wie auch auf die spezielle Lage der Werte, die Möglichkeit jeder Lohnerhöhung abgelehnt werden muß. Die am 27. Juni aufgenommenen mündlichen Verhandlungen hatten nach oben erwähntem Schreiben wenig Aussicht, eine Verständigung zu schaffen. Die schon schriftlich vorliegende Erklärung wurde von den Arbeitgebern wiederholt, unter Hinzufügung des Vorschlages, das bestehende Abkommen unverändert um 6 Wochen zu verlängern. Dieser Vorschlag mußte selbstverständlich von der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer abgelehnt werden. Die weiteren Verhandlungen drehten sich nur noch darum, eine Verständigung über eine Schlichtungsinstanz herbeizuführen. Dabei wurde aber von den Arbeitgebervertretern wiederum die Erklärung abgegeben, daß auch selbst dann jede Zulage abgelehnt werden müsse, wenn der Schlichtungsausschuß den Forderungen der Arbeitnehmer auch nur das geringste Entgegenkommen zeigen würde. Der Schlichtungsausschuß trat am 30. Juni zusammen und fällte folgenden Schiedspruch:

„Das bestehende Lohnabkommen wird bis auf weiteres verlängert und kann mit 15tägiger Frist, erstmals zum 1. August d. J., gekündigt werden.“

Die sofort einberufene Funktionärerversammlung der betreffenden Arbeitnehmer nahm zu diesem Ergebnis Stellung und beauftragte Organisation und Tarifkommission, dieses Ergebnis abzulehnen und eine Vollversammlung sämtlicher in diesen Betrieben beschäftigter Kollegen einzuberufen. Diese Vollversammlung tagte am 9. Juli und gab nach Berichterstattung und eingehender Aussprache nachstehender Resolution ihre Zustimmung.

Die am 9. Juli 1925 in Biersälen, Weberstraße 17, versammelten Gas- und Wasserwerksarbeiter sehen in dem gefällten Schiedspruch, der jede Lohnerhöhung ablehnt, sowie in dem Antrag der Direktion auf Verbindlichkeitsklärung eine Verhöhnung ihrer berechtigten Interessen. Die Versammelten sind sich ihrer schweren Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit der Groß-Berliner Bevölkerung voll bewußt und haben auch wiederholt beteuert, daß sie ihre Rechtsposition im Wirtschaftsleben niemals anzuheben, um Sonderprivilegien für sich durchzusetzen. Sie können aber auch nicht weiter zusehen, daß sie bei körperlich überaus schwerer Arbeit dauernd unter dem Lohnniveau der Groß-Berliner Arbeiterklasse stehen. Deshalb wendet sich die Versammlung in letzter Stunde an die Bevölkerung Groß-Berlins mit der dringenden Aufforderung, alles zu tun, um den am ihre Existenz eingehenden Gas- und Wasserwerksarbeitern beizustehen. Die Versammelten beauftragen die Organisation, Branchenleitung und Tarifkommission, alle Verhandlungen, die zu einer Verständigung führen können, wahrzunehmen. Sollte eine annehmbare Verständigung nicht möglich sein, so sollen alle gewerkschaftlichen Mittel zur Vertretung der Forderung in Anwendung gebracht werden.“

Die Direktionen hatten in der Zwischenzeit die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt. Die Verhandlungen darüber fanden am Freitag, den 10. Juli vor dem Schlichter Wisell statt. Zur Begründung des Antrages führten die Arbeitgeber an, daß sie erstens nicht in der Lage seien, aus finanziellen Gründen auch nur die geringste Lohnerhöhung zu bewilligen, und daß ferner die Rücksicht auf die Privatindustrie und auf zwei weitere Schiedsprüche, die auch für die Kammereiarbeiter jede Lohnerhöhung ablehnten und für die Elektrizitätsarbeiter nur eine Zulage von 2 Pf. brachten, sie zu ihrer ablehnenden Stellung veranlaßt. Demgegenüber wies die Vertretung der Arbeiterschaft nach, daß die Zahlung der Werte im Gegenteil sehr günstig ausgefallen ist, was beweise, daß die Forderungen der Arbeiterschaft ohne Steigerung der kurzzeit bestehenden Preistarife möglich sei.

Der Schlichter, der bei früheren von der Arbeiterschaft angenommenen und von den Direktionen abgelehnten Schiedsprüchen die beantragte Verbindlichkeitsklärung ablehnte und mit dieser Ablehnung eine Verschlechterung der Schiedsprüche durchsetzte, stellte sich diesmal wieder vollständig auf die Seite der Arbeitgeber. Die Direktionsvertreter hatten Gelegenheit, eine Stunde lang ihre Begründung vorzutragen, die Arbeitnehmervertreter wurden nach zwei Minuten vom Schlichter unterbrochen mit dem Hinweis, daß es in Berlin noch Arbeiterkategorien gibt, die sich finanziell schlechter stellen, als die Gas- und Wasserwerksarbeiter. Der Schlichter schlug einen Vergleich auf 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde vor. Da selbstverständlich die Arbeitnehmervertreter diesen Vorschlag nicht annehmen

konnten, wurde die Sitzung kurzerhand abgebrochen, wobei der Schlichter keinen Zweifel darüber ließ, daß er diesen unverständlichen Schiedspruch verbindlich erklären wird. Diese Art der Verhandlungen und die Halsstarrigkeit der Direktionen brachte eine derartige Empörung in die Arbeiterschaft, daß am anderen Morgen (Sonnabend, den 11. Juli) in den größten und ausschlaggebenden Gaswerken die passive Resistenz durchgeführt wurde, um die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen und zu Entgegenkommen in der Lohnfrage zu zwingen. Diese Absicht wurde auch erreicht; doch machten die Arbeitgebervertreter weitere Verhandlungen von der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig. Diesem Verlangen wurde entsprochen. Die Arbeitgeber gaben auch die Erklärung ab, daß bei den Verhandlungen die zu erwartende Verbindlichkeitsklärung keinen Einfluß auf weiteres Entgegenkommen ihrerseits haben sollte. Mit der Vertretung auf die nun stattfindenden erneuten Verhandlungen gelang es auch den Organisationsvertretern und den Obleuten, die Weiterarbeit durchzusetzen.

Trotz dieser Zugaben brachten es die Direktionen fertig, in den Nachmittagsverhandlungen wieder den alten Vorschlag des Schlichters, 2 Pf. Zulage pro Stunde für Juli und August, als äußerstes Entgegenkommen zu präsentieren. Alle Bemühungen, ein für die Arbeiterschaft günstigeres Ergebnis zu erzielen, erwiesen sich als aussichtslos. Die Obleute beschloßen, diesen Vorschlag der Gesamtarbeiterschaft zur Abstimmung vorzulegen und empfahlen einstimmig mit der Organisation, für Ablehnung und Streit zu stimmen. Die Abstimmung fand am 13. und 14. Juli in den Betrieben statt und brachte folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen: 5561; für Streit: 4950 Stimmen = 89 Proz.; gegen Streit: 562 Stimmen = 10,1 Proz.; ungültig: 49 Stimmen = 0,9 Proz.

Während die Abstimmung über die Lohnerhöhung von 2 Pf. lief, überbrachte die Post die schriftliche Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 30. Juni 1925, der jede Lohnerhöhung ablehnte.

Am Dienstag, den 14. Juli kamen die Funktionäre erneut zusammen, um zu der Situation und zur Abstimmung Stellung zu nehmen. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Streit nach erfolgter Sanctionierung durch den Hauptvorstand zur Durchführung zu bringen. Die Verhandlungen mit dem Hauptvorstand und mit den Vertretern des ADB zum Zwecke der Sanctionierung des Streits brachten außerordentliche Schwierigkeiten, da auf der einen Seite das Ergebnis der Abstimmung, auf der anderen Seite die erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches zu berücksichtigen waren. Um diesen Schwierigkeiten zunächst aus dem Wege zu gehen, wurde um Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums nachgesucht, auf dessen Veranlassung dann nochmalige Verhandlungen zwischen den Parteien stattfanden, in denen die Direktion sich nunmehr bereit erklärte, vom 1. August ab eine Zulage von 4 Pf. für die Zeit bis zum 30. November vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wurde von den Obleuten als ungenügend bezeichnet und abgelehnt. Unter dem Druck der Berliner Presse, die mit Ausnahme der rechtsradikalen Richtung die Halsstarrigkeit und Unnachgiebigkeit der Direktion mehr oder weniger verurteilte, und unter abermaliger Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums kamen die Parteien nochmals zusammen, doch war auch hier die Direktion zu weiterem Entgegenkommen nicht zu bewegen. Nun stellte der Verbandsvorstand alle Bedenken in den Hintergrund und erklärte sich bereit, die Sanction zum sofortigen Streit zu geben. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADB stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß er solche Maßnahmen unter diesen Umständen billigen müsse. Die Tafel gab Veranlassung, daß der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident sich nochmals ins Mittel legten, um eine Beilegung des Konflikts im letzten Moment herbeizuführen. Der Beschluß des Hauptvorstandes veranlaßte die Arbeitgeber, ihre Unnachgiebigkeit aufzugeben und die schon bei den Verhandlungen beim Schlichter von der Arbeiterschaft unterbreitete Mindestforderung von 5 Pf. Lohnzulage pro Stunde anzuerkennen. Auch einer Einschränkung der Laufzeit gaben sie jetzt ihre Zustimmung. Das Abkommen soll gelten vom 1. August bis 30. September. Nach Zustimmung durch die Verhandlungskommission wurde dieses Ergebnis von beiden Parteien unterzeichnet und von der sofort zusammengetretenen Funktionärerversammlung nachträglich gebilligt.

Durch die erfreuliche Einmütigkeit der in Frage kommenden Arbeiterschaft, ihre straffe gewerkschaftliche Organisation, die Disziplin und nicht zuletzt durch den sich über alle Bedenken hinwegsetzenden Beschluß des Hauptvorstandes auf Sanctionierung des beschlossenen Streiks ist den Arbeitgebern dieses Zugeständnis abgerungen worden.

## Zolltarif und Lebenshaltung.

Das Reichsgesundheitsamt hat im Verlag von Justus Springer in Berlin eine äußerst lesenswerte Schrift herausgegeben: „Die Ernährung des Menschen“, die wir jedem Gewerkschaftsbeamten und jeder Gewerkschaftsbibliothek eindringlich zur Beachtung empfehlen. Als Bearbeitung des Büchleins zeichnen Prof. Dr. Otto Reitmayer und Dr. H. W. Knipping, der eine Direktor, der andere Assistent des Physiologischen Instituts an der Universität Hamburg.

Aus der Fülle des dort gebotenen Materials lösen sich einige Grundtatsachen klar heraus: „Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat die Kulturentwicklung eine große Veränderung in der Beschäftigung der Bevölkerung hervorgerufen. Erstens hat die Zahl der Leute, die nicht körperlich arbeiten, bedeutend zugenommen; es gibt viel mehr Kaufleute, Beamte und Schreiber als früher. Zweitens ist in der Landwirtschaft und dem alten Handwerk ein erheblicher Teil der menschlichen Muskelkraft durch die Kraft der Maschine ersetzt worden. Drittens endlich, und das ist das wichtigste, hat sich die ganze Masse der industriellen Arbeiterschaft erst gebildet. Von dieser großen Menschenklasse, die heute in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, hat der größte Teil keine schwere Muskelarbeit zu leisten, sondern ist sitzend tätig; oder es wird die Arbeit von der Maschine geleistet und der Mensch hat die Maschine lediglich zu beaufsichtigen und zu lenken. Während ehemals nur ein kleiner Teil der Männer der ersten Kategorie angehörte und die Masse des Volkes schwere und schwerste Muskelarbeit leistete, ist das heute anders geworden, und damit mußte sich auch die Nahrung ändern. Schon auf dem Lande wird heute im ganzen weniger gegessen als vor einem Menschenalter, dafür eine einseitigere Kost, und in den Städten muß heute der Durchschnitt der Bevölkerung sich so nähren, wie früher nur die gebildeten und wohlhabenden Klassen. Es ist nicht „Begehrlichkeit“ und Genußsucht der Arbeiter, wenn sie sich einen reichlicheren Genuß von Fleisch, Milch, Eiern usw. zu verschaffen suchen, sondern ein derartiges Verlangen ist physiologisch begründet. In den Ländern mit der älteren Industrieentwicklung, in England und Nordamerika, ist denn auch der Fleischgenuß der Arbeiter ein sehr reichlicher. Das Zurücktreten von Brot und Kartoffeln in der Kost, die großen Mengen von Fleisch, Butter, Sahne, Milch sollen jedem Europäer auf, der nach den Vereinigten Staaten kommt.“ Wir befinden uns vor dem Kriege in Deutschland offensichtlich auf dem Wege zu der neuen, für das Maschinenzeitalter richtigen amerikanischen Ernährung. Die Umstellung ist verlangsam worden, einmal durch Schutz Zoll und Einfuhrerschwerung des Fleisches, andererseits durch das Festhalten an überlieferten Gewohnheiten und Geschmacksrichtungen.“ „Das deutsche Volk muß sich (jetzt) ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand.

Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Festhalten der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“

„Das Fleisch ist gewissermaßen das Wahrzeichen der neuen Zeit in der Ernährung geworden.“ Und es ist in der Tat erstaunlich, mit welcher Energie das deutsche Volk den notwendigen Fleischbedarf, den es in der Inflationszeit entbehren mußte, sich wieder eroberte. Betrug der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1923 nur 22 Kilogramm, so schnellte er 1924 bereits auf 41 Kilogramm und näherte sich damit dem Friedensstande von 52 Kilogramm. Durch diese hoffnungsvolle Entwicklung macht die Zolltarifvorlage der Regierung einen dicken Strich; gerade „das Wahrzeichen der neuen Zeit“, gerade das Fleisch wird durch sie am schärfsten getroffen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen in kg	Fr. d. Nation im Ja. 1926 in Berl. MZ.	Jährliche Verkaufszahl durch Zolltarif	
			MZ.	v. G.
Waggenbrot	40	16,—	28,20	18,5
Weißbrot	5	3,40	4,00	10,4
Weizenmehl	4	2,08	4,09	15,1
Graupen	1,833	0,95	0,91	7,4
Weizen Grieß	1,833	1,10	2,93	18,4
Haferflocken	1,833	0,95	1,58	12,8
Vollreis	1,833	1,26	0,95	6,8
Erbsen	1,833	0,99	0,95	7,4
Bohnen	1,833	1,10	0,95	6,8
Kartoffeln	50	5,23	7,05	10,8
Gemüse (Kohl)	15	4,50	7,80	13,8
Rindfleisch	3,5	7,88	20,50	20,0
Schweinefleisch	1,5	3,70	8,90	25,0
Lammfleisch	1	3,—	8,85	22,6
Speck	0,5	1,48	2,84	12,2
Leberwurst	2	4,80	11,70	18,8
Butter	2	7,90	7,80	7,6
Margarine	2	3,10	7,80	19,2
Schweinefett	2,25	4,05	8,85	9,9
Eier	1,75	3,18	6,83	16,8
Eiweiß	1,5	1,07	0,61	4,4
Zucker	3,5	2,81	4,55	15,0
Eier (Stück)	28	3,86	1,32	3,1
Kaffeebohnen	85	9,45	6,82	5,6
Kaffeeersatz	1,25	0,65	1,63	19,3
<b>Insgesamt</b>		<b>91,44</b>	<b>149,91</b>	<b>12,6</b>

Die Tabelle gibt in der ersten Spalte die Mengenerhältnisse an, die das Statistische Reichsamt für den vierwöchentlichen Verbrauch einer minderbemittelten Familie von fünf Köpfen annimmt.

### Frankfurt am Main.

Die Stadt, in der am 2. August unser 10. Verbandstag eröffnet wird, war jahrhundertlang der Ort, in dem die Oberhäupter des Deutschen Reiches gewählt und gekrönt wurden und der Versammlungsort des Adels und der Geistlichkeit. Ein Blick auf die historische Entwicklung der Stadt lehrt, daß in Frankfurt a. M. oft ein erfrischender Wind der Freiheit und Gleichheit wehte.

Zweifellos haben schon vor unserer Zeitrechnung Niederlassungen hier bestanden. Eine weitere Ausbreitung war bis ins hohe Mittelalter nicht möglich, da noch das weite unerforschene norddeutsche Hinterland zu großzügiger Entwicklung fehlte. So ist Frankfurt ein Kind des aufblühenden Mittelalters, denn erst die Städtegründungen nördlich des Rheins, die der einigermäßen zur Ruhe gekommenen Völkerbewegung folgten, verlangten förmlich eine Brücke nach dem fortgeschrittenen Süden. Zweckmäßige Lage an einem bequemen Flußübergang — quer durch den Fluß verlief eine Felsbank, die den Durchzug ermöglichte —, außerdem die Schaffung der Raiferpfalz, begünstigten das Anwachsen der Siedlung. Der Schwerpunkt des Ortes lag in der genannten Pfalz, dem Saalhof, dessen letzter Rest, die allerdings nicht aus der Frühzeit stammende romanische Kapelle als ältestes Bauwerk Frankfurts, die Jahrhunderte überdauerte.

Unter den Karolingern, dessen erster vermutlich die Pfalz errichtet hatte, gewann diese erhöhte Bedeutung. Es zeigten sich schon damals Ansätze zu einem Messeverkehr, da zur Zeit des Salvatorfestes am 1. September, die Landbewohner ihre Produkte zum Austausch gegen gewerbliche Erzeugnisse zum Markte brachten.

Im 10. und 11. Jahrhundert trat die Niederlassung wieder in den Hintergrund. Sie gewann erst wieder Bedeutung, als Konrad III. im Jahre 1147 die Königswahl hierher verlegte. Die

reichsgesellschaftliche Regelung erfolgte erst im Jahre 1356 durch die goldene Bulle Karls IV.

Zur Zeit Friedrich Barbarossas hatte die Frankfurter Messe schon erheblich an Ausdehnung gewonnen. Der Handel hatte sich durch die Kreuzzüge und die Beziehungen zu Italien und dem Orient hoch entwickelt.

Der Beginn des 13. Jahrhunderts sah dann die Frankfurter als freie Bürger, als im Jahre 1219 die Vogtei der Könige aufgehoben wurde. In jene Zeit fällt auch die erste große Erweiterung der Stadt, die nur bis zur Braubachstraße gereicht hatte. Die Grenzen liefen nunmehr den heute mit „Graben“ bezeichneten Straßen entlang.

Die freien Bürger waren meist Handwerker, die, zu den Zünften zusammengeschlossen, gemeinsam den Verpflichtungen, die die Stadt ihnen auferlegte, nachzukommen hatten. Dazu gehörte vor allem die Stadtverteidigung, die sich besonders in der Zeit des Interregnums als notwendig erwies.

Im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts erteilte Ludwig der Bayer die Erlaubnis zur zweiten Erweiterung der Stadt, die sich von nun ab bis zu der von den Anlagen gekennzeichneten Linie erstreckte. Außerdem erhielt Frankfurt eine zweite Messe im Frühling, die Fastenmesse. Gegen Ende des Jahrhunderts kaufte es den Stadtwald und das Schultheisenamt, wodurch es Selbständigkeit erlangte und Reichsstadt wurde.

Im 15. Jahrhundert ging die Einwohnerzahl von 1000 um etwa 10 Prozent zurück. Auch das Handwerk konnte keine Fortschritte machen wegen der Konkurrenz des englischen und niederländischen Wollgewerbes. Trotzdem entwickelte sich die Stadt in dautlicher Hinsicht weiter. Aus jener Zeit stammen die Einrichtung des Rathauses im Römer, der Bau des Domes an Stelle der Salvatortirche, die Eröffnung des Reichsammergerichts im Braunfels. Im Gegenjag

In der dritten Spalte die absolute Erhöhung, die bei vorsichtiger Zugrundelegung des Zolltarifs eintreten muß. Um hieraus die relative Verteuerung der einzelnen Lebensmittel zu berechnen, sind in der zweiten Spalte die Geldbeträge eingesetzt worden, die im Durchschnitt des Monats Mai 1925 für die einzelnen Posten der Ration angelegt werden mußten, und zwar nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, da Durchschnittszahlen für das Reich nicht vorhanden sind. Das Dreizehnfache dieser Geldbeträge ergibt die jährlichen Aufwendungen, die Gegenüberstellung mit Spalte 3 die prozentuale Steigerung der einzelnen Lebensmittel, die demnach bei Fleisch mit 20 bis 25 Proz. die höchsten Beträge erreicht.

Diese Tabelle ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Fügt man nämlich zum Bierwechsenverbrauch noch 0,250 Kilogramm Kaffee, 1 Kilogramm Kakao und 2 Kilogramm Speisesalz, die im Mai 1925 in Berlin 1,84 Mk. bzw. 3 Mk. bzw. 0,28 Mk. kosteten, so hat man das gesamte Ernährungsschema des Statistischen Reichsamts mit 96,56 Mk. oder jährlich 1255,28 Mk. Da das Statistische Reichsamt auf Grund alter Haushaltungsrechnungen aus dem Jahre 1907 und unter Berücksichtigung der gesunkenen Lebenshaltung der Nachkriegszeit die Ausgaben für Ernährung auf 54,77 Proz. der Gesamtausgaben schätzte, so ergibt sich für die Lebenshaltungskosten einer minderbemittelten Familie ein Betrag von nicht weniger als 2292 Mark im Jahr. Diese Zahl ist aber noch zu niedrig gegriffen, wenn man berücksichtigt, daß das Reichsamt im Wertigkeitsschema für die Ernährung zwar den Kalorienwert und den Eiweißgehalt nach dem neuesten Stande der Wissenschaft in Anschlag bringt, von der Aufnahme des infolge seines hohen Vitamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen Frischkostes sowie von Salat aus praktischen Gründen absehen mußte. Ebensovienig sind die Beträge für Steuern und Soziallasten miteinhalten. Dieser demnach sicherlich zu geringe Betrag von 2292 Mk. im Jahr entspräche einem Stundenlohn (bei 300 Arbeitstagen und achtstündiger Arbeitszeit) von 95,5 Pf. Dieser Lohnsatz wird aber, wie die Tariflohnstatistik des ADGB, sowohl als auch die Tariflohnauflistung des Statistischen Reichsamts im zweiten Juniheft von „Wirtschaft und Statistik“ ergibt, in nur wenigen Industrien gerade von den Spitzenarbeitern, in den meisten nicht einmal von diesen erreicht.

Es steht also fest, daß das jetzige Lohn Einkommen bei weitem nicht zur Bestreitung der Kosten zureicht, die für eine noch so beschreibene und dürftige Lebenshaltung unumgänglich notwendig sind. Da die übrigen Lebensbedürfnisse schon äußerst knapp gerechnet sind, da die Wohnungsmiete andauernd wachsende Beträge verschlingt, muß bereits jetzt das unzureichende Einkommen sich in einer gesundheitsgefährdenden Einengung des Lebensmittelbedarfs äußern. Der drohende Zolltarif, der allein die notwendige Nahrung um mindestens 150 Mk. verteuern wird, muß demnach geradezu verheerend

wirken. „Das deutsche Volk muß sich ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“ Nicht nur die jetzige Generation wird schweren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, wenn der Zolltarif zum Gesetz wird, auch dem zukünftigen Leben droht Gefahr. Mit klaren Worten sprechen es Kestner und Knipping aus: „Wenn ein Volk oder eine Schicht eines Volkes irgendwie hungert oder unterernährt ist, sind es immer zuerst die Mütter, die leiden.“

## Der Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände in Theorie und Praxis.

Nachdem wir nun im fünften Jahre nach dem Abschluß des ersten R.M.L. leben, sei an dieser Stelle ein kritischer Rückblick gestattet. In zahlreichen Gemeinden war es uns bis zum Jahre 1920 gelungen, örtliche Tarifverträge abzuschließen, die den R.M.L. in sozialer Beziehung weit übertrafen. Da interessiert zunächst die Frage, welche Umstände begünstigten den Abschluß von örtlichen Tarifverträgen in vorgenanntem Sinne? Es wäre hier vor allem die zahlenmäßige Stärke unseres Verbandes anzuführen, die es uns gestattete, an allen Orten den Stadtverwaltungen als unsere Arbeitgeber, unsere Forderungen zum Abschluß von Tarifverträgen zu unterbreiten. Man darf wohl auch aussprechen, daß die feinergeitige politische Situation nicht ohne wesentlichen Einfluß auf dieses Gebiet war. Nicht zuletzt darf erwähnt werden, daß es zu der Zeit noch keinen Reichsarbeitgeberverband und keinen Bezirksarbeitsgeberverband der Gemeinden gab. Einige ganz vorzügliche Gemeinden suchten Hilfe in den Privatarbeitgeberverbänden, ob mit Erfolg, wollen wir hier nicht erörtern, da diese Herrlichkeit nur von kurzer Zeit und wohl kaum zu längerer Lebensdauer fähig war. So konnte man die Situation für uns als günstig ansprechen.

Um nun den Gang der Dinge objektiv beurteilen zu können, müssen wir unser Augenmerk auf unsere Gegenpartei, den Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände richten. Obwohl im Jahre 1919 noch kein Arbeitsgeberverband als unser Tarifkontrahent vorhanden war, verdient festgestellt zu werden, daß die führenden Persönlichkeiten in den Kommunen den Wert der Arbeitgeberorganisation schnell erkannt haben. Als Ergebnis dieser Erkenntnis ist die Gründung des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände anzusehen. Wir lassen als Kronzeugen der „Zeitschrift“ des Arbeitgeberverbandes

zu diesen Fortschritten steht die Verewlung der Juden in das Ghetto im Jahre 1462.

Die Reformation setzte sich in Frankfurt, wie anderwärts, nur unter schweren Kämpfen durch. Im Jahre 1552 wurde die Stadt belagert, welcher Umstand große Opfer von ihr forderte, die Umgegebung wurde verwüstet, Handwerk und Handel vernachlässigt, geliehenes Geld im Ransfelder Bergbau verpfeffert.

Die Erhebung zur Krönungsstadt brachte neue Lasten mit sich. Der kleine Bürger hatte am schwersten darunter zu leiden, was schließlich zur Erhebung des Handwerks gegen den Rat der Stadt führte, wodurch die Alleinherrschaft der Patrizier gebrochen wurde.

Im 30jährigen Krieg kam es trotz öfterer Schiebereten — Gustav Adolf hielt die Stadt längere Zeit besetzt — nicht zu größeren Zerstörungen. Auch die Raubkriege Ludwigs XIV. belasteten Frankfurt nicht so wie die rheinischen Städte.

Nachdem Unregelmäßigkeiten im Rate erneut eingegriffen waren, wandten sich die Bürger wieder an den Kaiser, wie vor dem früheren Aufstande, und erhielten nun eine Verfassung demokratischen Einschlags im Jahre 1732. Im Verlaufe der folgenden Kriege sah Frankfurt abwechselnd Freund und Feind in seinen Mauern. Goethe hat insbesondere die Zeit des 7jährigen Krieges, soweit seine Vaterstadt hineingezogen wurde, plastisch beschrieben. Nach den Revolutionenkriegen wurden die Stadtmauern geschleift und gärtnerisch angelegt. Damit war die Grundlage zur heutigen Größe gelegt, obwohl manches materielle und hohen, historischen Wert besitzende Bauwerk bei dieser Gelegenheit verschwinden mußte.

Fortschritte in Verwaltung, Polizeiwesen und Justiz, sowie Verewlligung der Schulen, hatte die Wirksamkeit der Franzosen auch hier im Gefolge. Rätefälle in alte Selbstherrlichkeiten hatten in Frankfurt wie in ganz Deutschland revolutionäre Bewegungen entfacht. Die Stadt spielte in dieser Zeit als Sitz des ersten deutschen Parlaments eine große Rolle. Alle kleinen und großen Politiker

des Jahres 1848 hat die Stadt in ihren Mauern gesehen, und zugleich blutige Barrikadenkämpfe, wie sie in anderen Städten kaum stattgefunden haben.

Der Radikalismus, der damals nicht durchdringen konnte, zog die Gründung des ersten Arbeitervereins nach sich, eine Folgeresultierung des zurückgehenden Handwerks und der zunehmenden Industrialisierung.

Nach der Einnahme Frankfurts durch Preußen vermehrte sich auch in Frankfurt der Arbeiterstand, der auf dem Nürnberger Ver-einstag 1868 schon ansehnlich vertreten war. Mit der Scheidung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie nahm auch in Frankfurt der Kampf um gerechtes Verteilen des Produktionsgutes seinen Anfang.

Der Anschluß Frankfurts an Preußen hat natürlich die Ver-größerung beschleunigt. Die Einwohnerzahl hat sich seitdem von 78 000 auf 435 000 vermehrt. Soziale Einrichtungen aller Art sind getroffen worden. Insbesondere auf dem Gebiet des Bildungs-wesens, speziell der Volksbildung, marschierte die Stadt mit an der Spitze. Die neuen Volksschulen sind großzügig und hygienisch ein-wandfrei angelegt. Bibliotheken, Kunstsammlungen und Volks-bildungsheim sind frei zugänglich, angelegte Parks dienen allge-meiner Erholung.

Die bauliche Entwicklung war vor dem Weltkrieg eine gewalt-tige. Große Alstadtdurchbrüche beseitigten einen Teil der ungesund-ten Wohnungsanlagen Kapitalschwacher, die Unterkommen an der Peripherie der Stadt, an breiten, lustigen Straßen, fanden. Im Monumentalbau entstanden das Städtische Kunstinstitut, eine der glänzendsten Gemäldesammlungen Deutschlands, die Bauten der Stiftings-Universität, Opern- und Schauspielhaus und die hervor-ragenden Krankenhäuser, die Neubauten an das alte Rathaus, sowie die Geschäftshäuser des Frankfurter Handels und der Industrie.

J. J. G.

(Ehrföhrung Stadtrat a. D. Dr. jur. Sternberg-Kaasch) selbst das Wort. In Nr. 1, dritter Jahrgang dieser Zeitschrift wird unter dem Stichwort „Warum?“ der Zusammenschluß der deutschen Kommunalverwaltungen in einen Arbeitgeberverband begründet. Darin heißt es:

„Die kommunalen Organisationen, die bei wohlverstandener Mitarbeit der zuständigen Arbeitnehmerverbände geeignet und berufen sind, vorbildlich mehr als Arbeitsgemeinschaften, denn als „Nur-Arbeitgeberverbände“ tätig zu sein, haben den Befähigungsnachweis erbracht, die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen zu können im Dienste der Aufrechterhaltung und Förderung des Wirtschaftsfriedens.“

Wenn wir zurückschauen, dann klingen diese schönen Redewendungen wie bittere Ironie. Die Mehrzahl unserer Mitgliedschaften halten sich, bevor die Kommunen in einem Arbeitgeberverband sich zusammenschließen, örtliche Tarife geschaffen, die bedeutend besser und günstiger waren als der beste RMT. Die Annahme des RMT durch unsere Mitglieder im Jahre 1920 hat einem Teil der städtischen Arbeiter Verluste auf sozialem Gebiet eingetragen. Man hätte erwarten dürfen, daß diese mit der Zeit wieder aufgebaut werden würden. Leider vergebens. Wir vermögen nicht einzusehen, daß solche Politik verdient, „vorbildlich“ angesprochen zu werden. Im Artikel „Warum?“ heißt es dann weiter:

„Ihre Arbeit beseitigte den Zustand der Zerplitterung und Doppelarbeit, ersparte den Einzelverwaltungen sonst unerläßlich aufzuwendende Kosten und zeitliche Streitigkeiten. Der sich immer mehr vervollkommene Nachrichtendienst der Spitzen- und Bezirksorganisationen dürfte im besonderen Maße dazu beigetragen haben, auch bei der Regelung der Arbeitsbedingungen den berechtigten Wünschen und Ansprüchen der im öffentlichen Dienst tätigen Arbeitnehmer nach allgemeinerwirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden gebührend Rechnung zu tragen.“

Besehen wir uns nach dieser schönen Theorie die Praxis des Arbeitgeberverbandes: Abbau über Abbau, wozu wir schauen und wehe uns, hätten wir die Zeit der Inflation als Verband nicht überstanden, dann hätten wir jetzt wieder das mehr als zweifelhafte Vergnügen, unsere Forderungen in Form einer Bittschrift mit dem Hute in der Hand „alleruntertänigst“ dem Gemeinderat unterbreiten zu dürfen, mit dem uns noch allzu gut in Erinnerung befindlichen Ergebnis. — Doch kehren wir noch einmal zu unserm „Warum?“ zurück. Es heißt dort:

„Städte, Kreise und Landgemeinden, wie überhaupt alle kommunalen Verwaltungen begegnen sich mit ihren Interessen in dem notwendigen und pflichtgemäßen Streben, das Verhältnis zu ihren Arbeitnehmern harmonisch zu gestalten und deren Arbeitsbedingungen bei einseitiger Mitarbeit der Gewerkschaften nach den bereits geltend gemachten Grundrissen zu regeln.“

Wir sind durchaus der Auffassung, daß es im Interesse der Allgemeinheit liegt, das Arbeitsverhältnis in öffentlichen Betrieben muß ein harmonisches sein. Staubt aber der Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, daß das Arbeitsverhältnis dadurch harmonischer gestaltet wurde, wenn er im Jahre 1923 mit aller Schärfe an den Abbau der sozialen Einrichtungen heranging? Wir geben dabei noch zu bedenken, daß gerade diese bei den Lohnverhandlungen von den Arbeitgebervertretern immer und immer wieder erwähnt wurden, um die Löhne niedriger zu halten, die Arbeiter sich diese also selbst bezahlen mußten, und trotzdem Abbau. Wir erinnern daran, daß selbst der vom Reichsarbeitsminister ernannte Schlichter mehr Verständnis für soziale Fragen an den Tag legte, als der ein „harmonisches Arbeitsverhältnis“ anstrebende Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden. Die neuere Zeit hat wiederum bewiesen, wie der Arbeitgeberverband den Begriff „harmonisches Arbeitsverhältnis“ versteht.

In letzter Stunde hat es der Reichsarbeitsgeberverband verstanden, seiner bisher getriebenen Tarifpolitik die Krone aufzusetzen, ein Verhalten, daß bei Würdigung aller zu berücksichtigenden Punkte nie verstanden werden wird. Die Auslegung des § 7 (Bezahlung der dienstplanmäßigen Sonntagsarbeit) und § 13 (Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage) hat dem Arbeitgeberverband soviel Freiheit gelassen, die im Artikel „Warum?“ angestrebte „woherwogene Berücksichtigung gesunder sozialpolitischer Grundzüge“ in die Tat umzusetzen. Leider scheint man sich seiner früheren Absichten bei gegenwärtigen Entscheidungen nicht mehr zu erinnern.

Zum Schluß wollen wir nun beteuern, daß auch diese Bahn ihre natürliche Grenze hat und möchten dem Reichsarbeitsgeberverband raten, den Bogen nicht zu überspannen, er könnte sicher zerpringen; hierfür müßten wir die Verantwortung dann allerdings dem Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände überlassen.

B o l m.

## Organisationsgedanken.

Unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir kapitalistische nennen, zielen nur nach einem bestimmten Punkt hin: „Gewinn“. In der augenblicklich unsozialen Struktur spielt die Persönlichkeit die führende Rolle; alles ist auf das Ich eingestellt. Fabriken, Geschäfte werden gegründet und betrieben, um andere für sich arbeiten zu lassen, um für sich selbst Nutzen herauszuschlagen. Die Beschäftigten mußten sich in dieses Joch begeben, weil Hunger sie dazu zwang. Jedes gemeinsame Handeln wurde damit erötet, der Mensch steht vereinsamt da in der gesamten Menschheit. In einem trassen Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft steht die Gewerkschaftsbewegung. Eine neue Welt öffnet hier ihre Tore. Die Idee der Gemeinwirtschaft ist das höchste Gut, ist die Grundlage des Anwachsens der Gewerkschaftsbewegung. Alle Rückschlüsse, alle Widerwärtigkeiten in unserem Gewerkschaftsleben sind Rückschlüsse aus unserer zerfallenden Wirtschaft, sind Keime des Zerfalls unserer heutigen gesellschaftlichen Struktur. Aber unser Unterbau ist solide, natürlich, und darum wird er stets schnell neue Pfeiler tragen. Die Inflationszeit hat es auf das treffendste bewiesen. Einen guten Helfer für unser Organisationsleben haben wir in einem Naturgefühl des Volkes, im organisatorischen Sinn. Der Urtrieb der Menschheit, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, wird auch die Gewerkschaften alle Krisen überwinden lassen, wird sie über persönliche Geheißigkeiten, über Kritik am Einzelnen hinweghelfen. Pflicht aller Gewerkschafter ist es, sich diesen Urtrieb der Menschheit zunutze zu machen. Der gesunde Sinn des Menschen muß vor dem egoistischen Handeln und Treiben unserer Zeit gerettet werden. Wir müssen einen Kampf führen für die Befreiung der Menschheit von der Persönlichkeit, um das Wesen eines neuen Menschen zu schaffen.

So wie alles Leben organisatorisch aufgebaut ist, muß auch der Mensch organisatorisch sein, er muß sich zusammenhängend, ein Ganzes bilden. Das Organisatorische gebiert neues, frisches Leben; trägt neue Früchte. Nicht das Einzelne ist der Sinn unseres Lebens, sondern das Große, Ganze. Nur im Ganzen liegt die Entwicklung verborgen, nur das Große kann uns die wirtschaftliche Freiheit bringen. Je eher wird der Befreiungskampf der Arbeiterklasse von Sieg getränkt sein, je früher dieser Gedanke des Zusammengehens, der Solidarität der schaffenden Menschen alle umfaßt. Nur eine Idee ist es, die wir benötigen, die den Sieg verleiht und in sich trägt: die Idee der Organisation. Es gilt in alle Köpfe dieses Wort zu prägen, es gilt organisatorische Menschen zu schaffen, die in ihrem steten Handeln den Dienst für die Gesamtheit, für die Einheit der Menschen sehen. Der Beginn unseres Lebens beruht auf der Einheit, darum soll diese sich durch das ganze Leben harmonisch fortplanzen. Der edle Mensch wird sich stets diesem Gedanken fügen, ihn in sich aufnehmen; denn er bezweckt die Freiheit der Menschheit. Jedoch bedingt diese Freiheit eine Kampforganisation, d. h. den Zusammenschluß einer Masse, die den organisatorischen Gedanken erfährt hat, die erfüllt ist von der Liebe der Menschheit zueinander, die durchdrungen ist von Solidarität und Harmonie. Unsere Idee ist bedingt, daher unüberwindlich; denn sie entspringt der Natur, die uns als leuchtendes Vorbild dient, die immer wieder zu neuem Leben erblüht, die auch in uns den Keim gelegt hat zu einer neuen, besseren Zeit.

Aber nicht von selbst wird diese neue Zeit so schnell nahen. Genau wie der Gärtner der Natur zu besseren Früchten verhilft, müssen auch wir der Menschheit zu höherer kultureller Stufe verhelfen, der Menschheit mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Kleinlichkeiten müssen wir zurückdrängen, persönliche Geheißigkeiten zurückstellen. Wir wollen trotz aller Kimmernisse, die uns die heutige kapitalistische Wirtschaft beschert, uns geschlossen unserer Idee hingeben. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, Solidarität und Harmonie sollen unser Leitstern sein. Unsere Saat wird dann weiter gute Früchte tragen, die Massen werden wieder in großen Scharen zu uns kommen, sich mit uns vereinen, zusammenfügen zu einem Großen, Ganzen. Genau dem Sprichwort: „Das Gute bricht sich Bahn“ werden auch die guten unter den Menschen zu uns kommen müssen; denn wo gute Menschen weilen, zieht's den edlen Jir. Der neue Mensch wird nicht eine Einzelersehnung fernherhin sein, sondern festgefügt in Reih und Glied, zur Tat bereit, den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Knechtschaft aufnehmen. Darum wollen wir weiter unseren Weg gehen, kämpfen gegen das Ueble, das uns die heutige unsoziale Struktur bietet, die Massen auf das Edle, Sehne hinweisen: „Organisation“. Wir wollen sie hinweisen auf den Gedanken der Einheit der Menschen; aber auch auf das Goethesche Wort:

Nur der verdient sich Freiheit und das Leben,  
Der täglich sie erobern muß. Erich Eichhoff.



# Die Staatsarbeiter Bayerns und ihre neuen Tarife.

Anfang des Jahres 1925 hingen über den Staatsarbeitern Bayerns schwere Gewitterwolken am wirtschaftlichen Himmel. Im Reich und in den Gemeinden Deutschlands wurden die Mantel- und Lohnsätze gekündigt, dem sich auch die Länder zum größten Teil angeschlossen. In Bayern hatte man zwar nicht gekündigt, aber dennoch mit einer besonderen Fieberhitze auf das Ergebnis der Verhandlungen im Reich gewartet. Nach dessen Bekanntwerden wurden die an den Tarifverträgen beteiligten Organisationsvertreter durch die bayerische Staatsregierung zu einer unverbindlichen Aussprache geladen, die eine grundsätzliche Entscheidung, nach welchem System die bayerischen Staatsarbeiter künftig behandelt werden, bringen sollte. Von der Regierung wurde der Einheitsstarif empfohlen, nachdem im Reich die Tarifverträge der Betriebs- und Verwaltungsarbeiter vereinigt wurden. Diesem Vorschlag trat unsere Organisation entgegen, weil sie es für unmöglich hielt, die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter, bei denen alles nach geleisteten Tagelöhnen berechnet werden muß, mit den übrigen zuständig beim Staat beschäftigten Arbeitern in Einklang zu bringen. Die Staatsregierung bot die Uebernahme aller Verschlechterungen der Reichsarbeiter an, nur an dem neuen mehr als sonderbaren Lohnsystem mit den Lohnzulagen fand sie keinen besonderen Gefallen. Man konnte sich aber trotzdem für den Vorschlag der Arbeitnehmer, für die bayerischen Staatsarbeiter beide Tarife zu belassen und diese unabhängig vom Reich auf eigenen Boden zu stellen, nicht anschließen, obwohl Bayern sonst immer gleich seine besondere Eigenart hervorhebt und gerne mit der Selbständigkeit innerhalb des großen Deutschen Reiches herumwirft.

Diese Vorberatungen, bei denen sich auch die Staatsregierung durch die rauhe Wirklichkeit von der Unmöglichkeit der Durchführung überzeugen lassen mußte, brachten das Ergebnis, daß die beiden jetzt schon bestehenden Tarifverträge weiter bestehen bleiben. Die Tarifverhandlungen wurden daher getrennt geführt, und zwar für die landesstaatlichen Arbeiter am 15. und 16. Mai im Finanzministerium. Die von der Staatsregierung beantragten Verschlechterungen konnten fast alle, bis auf die des Urlaubs, abgewehrt werden. Der Urlaub sollte nach dem Antrag der Regierung gleich wie im Reich festgelegt werden. Konnte die Kürzung auch nicht ganz abgewehrt werden, so konnte der Urlaub doch wesentlich besser als im Reich gestaltet werden. Eine Gegenüberstellung zeigt, welcher Erfolg trotz der Kürzung noch zu verzeichnen ist.

0	Kalendertage nach	1	Dienstjahr	6	Werktage	mehr	—
6	2	3	8	8	2	2	Lage
6	3	5	9	9	3	3	
9	5	8	10	10	4	4	
9	6	11	11	11	5	5	
11	8	12	12	12	6	6	
14	10	14	14	14	7	7	
14	12	16	16	16	8	8	
18	15	18	18	18	9	9	
20	über 15	und 40. Lebensjahr	21	21	10	10	

Die Verbesserung liegt erstens darin, daß statt Kalendertage Werktage beibehalten wurden. Zweitens, daß die Zwischenzeit bei der Steigerung des Urlaubs vermindert wurde und drittens, daß der Urlaub direkt um einige Tage gegenüber dem Antrag und gegenüber dem Reich verbessert werden konnte. Trotzdem gibt es für einige unserer Kollegen etwas Verlust, weil es der Tarifkommission unmöglich war, mehr durchzusetzen oder den Bestehenden zu wahren. Dieser einzig in Erscheinung tretenden Verschlechterung stehen mehrere Verbesserungen gegenüber, von denen nur ein paar noch hervorgehoben werden sollen.

Bei Umstellung des Lohnsystems in Grundlohn und Lohnzahl ergibt sich, daß die niedrigste Lohnzahl, die im Reich für Arbeiterinnen 0,54 beträgt, für Bayern auf 0,58 und bei Arbeitern von 0,76 auf 0,80 festgesetzt wurde, wobei für die Großstädte München und Nürnberg weitere Erhöhungen zugestanden wurden. Durch diese Erhöhungen sind den Beschäftigten mit den niedrigsten Lohnzahlen 2 Pf. pro Stunde mehr zugestanden, was darauf zurückzuführen ist, daß wir das Lohngebiet I mit aller Schärfe bekämpfen. Da die Differenz zwischen den Lohngebieten I und II 3 Pf. in der Stunde betrug, bleibt also ein Drittel der Ungerechtigkeit mit den Lohngebieten bestehen, während wir zwei Drittel beseitigen konnten. Die bessere Differenzbezahlung in Krankheitsfällen konnte aufrechterhalten werden, und zwar bis auf die Dauer von 3 bis 26 Wochen bei einer Dienstzeit von 1 bis 6 Dienstjahren, obwohl der Regierungsantrag auf Herabsetzung auf 12 Wochen gestellt war. Das Sterbegeld, welches im Reich neu eingeführt wurde,

wurde uns ebenfalls in Höhe von zwei vollen Wochenlöhnen nach drei Dienstjahren zugestanden.

Auf Weihnachten, Neujahr, Ostern und Pfingsten ist über Stunden früher Arbeitsstopp ohne Lohnabzug.

Der neue Tarif hat Gültigkeit ab 3. Mai 1925.

Die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter erhalten ihren eigenen Tarifvertrag, über den am 3. Juni im Ministerium des Innern verhandelt wurde. Die Arbeitnehmerorganisationen hatten einen eigenen Entwurf für ein Lohnabkommen überreicht, welcher von Vertretern des Ministeriums wegen angeblich zu hoher Forderungen scharf zurückgewiesen wurde. Die Schärfe erreichte ihren Höhepunkt in der ausgesprochenen Drohung, daß künftighin das Ministerium des Innern bei solchen „Ueberforderungen“ einen Verhandlungskommissar bestellt und ein direktes Verhandeln mit den Organisationen ablehnt. Diese Drohung vermochte die Arbeitnehmervertreter nicht einzuschüchtern, sie lehnten das Gegenangebot in der gleichen Art ab. Schließlich kamen nachstehende Verbesserungen zustande:

In Bayern wird das Lohngebiet I gekürzt. Die Höhe des Lohngebieten II für das rechtsrheinische Bayern und Lohngebiet III im linksrheinischen Bayern werden um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Hierzu kommen Dienstaufzulagen von 2 Pf. nach 600 Tagelöhnen und weitere 2 Pf. nach weiteren 600 Tagelöhnen. Nach 1200 Tagelöhnen ist der Höchstlohn erreicht. — Außerdem wird die Ortsklasse E gekürzt und die von den Reichsarbeitern verbleibenden vier Ortsklassen beibehalten. Durch diese Regelung erhält ein Arbeiter bisher nach Zurücklegung von 1200 Tagelöhnen 13 Pf. in der Stunde mehr; aber auch ein neuergekaufter Arbeiter betam bis zu 9 Pf. in der Stunde mehr. — Die Ortszulagen bleiben wie bisher bestehen. Verändert sich das Ortslohnverzeichnis der Beamten zu ihren Gunsten, dann findet diese Verbesserung auch bei den Arbeitern Anwendung. — Die Entfernungszulage wurde von 50 Pfennig bis zu 100 Pf. pro Tag je nach der Kilometerzahl erhöht. Lehre Arbeiter ohne irgendeinem Hausstand, die bisher nur ausnahmsweise eine solche Zulage erhielten, erhalten diese jetzt zur Hälfte der vorkleibenden Höhe. — Das Uebernahmungsgehalt wurde von 0,80 auf 1,20 M. erhöht. — Rotwendige Eisenbahnsfahrten werden nach der niedrigsten Klasse vergütet. — Festspiele oder angeordnete Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, werden jetzt nach 100 Tagelöhnen alle bezahlt. Das Sterbegeld wird nach 600 Tagelöhnen in Höhe von zwei vollen Wochenlöhnen gewährt. — Arbeiter, die Wasserkrickel tragen und pflegen, erhalten pro Tag einen Stundenlohn. — Die 50 Pros. Regenlöhne, die immer ein Streikobjekt waren, kommen zugunsten vorkleibender Verbesserungen in Wegfall. — Das Abkommen tritt ab 8. Juli 1925 in Kraft.

Den Staatsarbeitern in Bayern, gleichgültig ob sie unter den einen oder anderen Tarifvertrag fallen, sollen diese Ergebnisse zeigen, daß sie einer geschlossenen Organisation bedürftig sind. Wenn nun diesmal die geplanten großen Verschlechterungen noch abgewehrt werden konnten und zeitweise sogar noch Verbesserungen erzielt wurden, so lag das an dem festen Willen der Arbeitervertreter. Aber auch ihnen muß der Rücken durch die gesamte Arbeiterschaft gestärkt werden. Wie lange noch willst du Indifferent sein stehen. Hetein in den Verband, er ist der Förderer deiner eigenen Interessen, durch ihn erwirbst du eine bessere Zukunft. Darum stärke ihn durch deinen Beitritt!

J. M.

## ◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Die Landesversammlung Sachsen der Reichs- und Staatsarbeiter am 5. Juli in Dresden war von 54 Delegierten aus 49 Orten besucht. Außerdem waren die Mitglieder der Landesarbeitskommission und die Angestellten des Verbandes anwesend. Den Verbandsvorstand vertrat Kollege Stetter. In einem groß angelegten Referat schilderte Stetter die Entwicklung der Tarifverträge für die Reichs- und Staatsarbeiter, um dann die Lohnpolitik der jetzigen Reichsregierung zu besprechen. Er kam zu dem Schluß, daß der gesamten Arbeiterschaft in den Reichsbetrieben und Verwaltungen nur zu helfen ist, wenn sie sich eine einheitliche festgesetzte Organisation schafft. Es müsse unbedingt erreicht werden, daß die Lohnverhandlungen für alle Reichsarbeiter gemeinsam geführt werden. Nur so könne der reaktionären Haltung der Reichsregierung wirksam entgegengetreten werden. — Gauleiter Preißler behandelte dann ausführlich die sächsischen Lohnverhandlungen für die Staatsarbeiter. Die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter sind etwas höher als die der Reichsarbeiter, doch bleiben sie noch hinter den Löhnen der Gemeindearbeiter und erst recht hinter den Löhnen der vergleichbaren Privatbetriebe zurück. Der Grundlag der Organisation aber ist, gleiche Löhne für Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter. Die letzten Lohnverhandlungen vom 27. Juni 1925 sind gescheitert, weil das letzte Angebot der Vertreter der sächs. Regierung der Verhandlungskommission nicht annehmbar erschien. Dieses letzte An-

gebot geht dahin, die Spitzelöhne um 4 Pf. für die Stunde zu erhöhen, eine weitere Dienstaltersstaffel (nach 4 Dienstjahren noch einen Pfennig) einzuführen, unter der Voraussetzung, daß die Vereinarbeitung bis zum 31. Dezember 1925, auf volle 6 Monate also, abgeschlossen wird. Helle Empörung rief es hervor, als ein Mitglied der Verhandlungskommission berichtete, der verhandlungsführende Ministerialrat habe in der Verhandlung gesagt, er könne seine Kinder nicht so kleiden, wie es die Arbeiter könnten. Nachstehende Entschliebung gelangt einstimmig zur Annahme:

„Die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für den 5. Juli 1925 nach Dresden einberufene Landesdelegiertenversammlung der Staats- und Reichsarbeiter lehnt das Angebot der sächsischen Staatsregierung, ab 1. Juli 1925 eine Erhöhung der Spitzenlöhne um nur 4 Pf. eintreten zu lassen unter der Voraussetzung, daß dann die neuen Löhne bis zum 31. Dezember 1925 Geltung haben sollen, mit Entrüstung ab. Dieses Angebot entspricht sowohl der Höhe der in Aussicht gestellten Lohnerhöhung als auch der langen Geltungsdauer wegen, absolut nicht den heutigen Verhältnissen. Angesichts der jetzt schon bestehenden Teuerung, der gegenüber die jetzigen Löhne der sächsischen Staatsarbeiter völlig unzureichend sind, und der durch die Selbstvorlage zu erwartenden weiteren Verteuerung der Lebenshaltung, wozu vielleicht schon im nächsten Monat eine erhebliche Steigerung der Miete treten kann, kann es die Landesversammlung nicht verstehen, daß den Arbeitern überhaupt ein solches Angebot gemacht wurde. Aber auch die Reichsregierung trägt ein gerüttelt Maß Schuld, wenn die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter so außerordentlich niedrig sind. — Die Landesversammlung beauftragt ihre Organisationsleitung, alle ihr geeignet erscheinenden Mittel vor allem durch die Tagespresse die große Öffentlichkeit von den Lohnverhältnissen der Staats- und Reichsarbeiter in Kenntnis zu setzen in Anwendung zu bringen, um für die Staats- und Reichsarbeiter Löhne zu erreichen, die wenigstens einigermaßen den Bedürfnissen entsprechen. Die Organisationsleitung wird beauftragt, sich sofort an das Gesamtministerium zu wenden, da Verhandlungen mit dem Personalamt zurzeit als aussichtslos beschieden werden müssen. — Die Landesversammlung warnt aber auch die Reichs- und die Staatsregierung im Interesse der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung der Betriebe vor weiterer Zuspitzung der Lage. Die seit geraumer Zeit von den Regierungen geübte Lohnpolitik ist durchaus nicht dazu angetan, die Arbeitslust der Arbeiter zu erhalten und zu stärken.“

Gauleiter Pfeißler berichtete dann eingehend über die monatelangen Verhandlungen zur Schaffung einer Ruheohrversorgung für die sächsischen Staatsarbeiter, die durch Ausbau und Ausdehnung der bereits seit Jahren bestehenden Rentenzusufußklasse erreicht werden soll. Hauptdifferenzpunkte waren die Anrechnung der im Staatsdienst verbrachten Dienstzeit, die Höhe der zu zahlenden Renten unter Beibehaltung der bisherigen Beitragshöhe und die Rückzahlung der vom Mitgliede selbst geleisteten Beiträge beim Ausscheiden aus der staatlichen Beschäftigung. Die letzten Vorschläge des Personalamtes sind nun soweit zufriedenstellend, daß der Vereinbarung zugestimmt werden kann. Gewiß bleiben noch mancherlei Wünsche offen, aber es wird Aufgabe für den neu zu bildenden Kassenvorstand sein, die befriedigende Hand anzulegen. Die Versammlung beschloß dann auch, die Organisation zur Unterzeichnung der Vereinbarung zu ermächtigen. — Nachdem die Kollegen Völsig und Pfeißler einige Mitteilungen über den Stand der Organisation und über verschiedene tarifliche Angelegenheiten gemacht hatten, erfolgte nach siebenstündiger Dauer um 5 Uhr Schluß der Landesversammlung, die zweifellos den Teilnehmern gezeigt hat, welche Fülle von Arbeit die Organisationsvertreter im Interesse der Reichs- und Staatsarbeiter geleistet haben. Aufgabe und Pflicht der Arbeitsschleger selbst ist es nun, dafür zu sorgen, nicht nur das bisher Erreichte zu erhalten, sondern weiter zu verbessern.

**Veränderung der Ortslohnzahlen und Ortslohnzulagen für die unter den I.A.R. und C.V.W. stehenden Arbeiter.** Die vor einiger Zeit bereits angekündigten Verhandlungen über die Revision der Ortslohnzahlen bzw. Ortslohnzulagen haben für die Reichsarbeiter im Reichsfinanzministerium stattgefunden. Im „Reichsbesoldungsblatt“ Nr. 28 sind die einzelnen Orte bereits veröffentlicht. Bei den Wasserbauarbeitern haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Es besteht dort noch der alte Grundlag, die Veränderungen der Ortslohnzulagen bei der Post auch auf die Wasserbauarbeiter zu übertragen. Im „Reichsverkehrsblatt“ Nr. 15 sind auch bereits eine Anzahl Orte veröffentlicht, an denen Erhöhungen der Ortslohnzulagen eingetreten sind. Wenn man bedenkt, daß wir an 60 Orten allein für die dem I.A.R. unterstellten Arbeiter eine Erhöhung beantragt haben, so steht das erzielte Resultat in keinem Zusammenhang mit unseren Forderungen. Es hat sich eben auch bei diesen Verhandlungen wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß wir in der Reichslohnpolitik absolut nicht vorwärts kommen, solange das Reich an dem Grundlag, Angleichung der Löhne an die Metallindustrie, festhält. Andererseits darf auch nicht verkannt werden, daß uns an einzelnen Orten Veränderungen der Ortslohnzahlen möglich waren, die den Kollegen ganz erhebliche Vorteile brachten. Trotzdem ist mit Ortslohnzahlen- und Ortslohnerhöhungen weder unseren Reichs- noch unseren Wasserbauarbeitern gedient. Hier kann nur durch eine allgemeine Erhöhung der Löhne nachgeholfen werden. Hoffentlich ringt sich auch die Reichsregierung endlich zu diesem Standpunkte durch. Gelegenheit dazu werden wir ihr durch Kündigung des Lohnvertrages in den nächsten Wochen geben.

## Aus unserer Bewegung

**Neunkirchen (Saargebiet).** Einen ansehnlichen gewerkschaftlichen Erfolg, auch in moralischer Hinsicht, kann unsere Organisation am Hauptsitze des früheren „Königreiches Stumm“, der Stadt Neunkirchen buchen. Neben einer 15prozentigen Lohnerhöhung sanktionierte die Stadtratmehrheit am 14. Juli den Gewerkschaftsantrag, daß diese Lohnerhöhung nur den organisierten städtischen Arbeitern zur Auszahlung gebracht würde, unter der Devise, wer nicht läßt, soll auch nicht ernten. Die Schwerindustrielle Interessenvertretung, „Arbeitgeberverband“ genannt, hat wiederholt in der Presse auf die unverhältnismäßig hohen Löhne der Kommunen des Saargebietes hingewiesen. Diese Interessenten niedriger Löhne waren in ihren angewandten Mitteln nie sehr wahrhaftig. In ihren diesbezüglichen Eingaben vertriehen sie sich hinter die Regierungskommission, deren französische Einstellung auch in der Niederhaltung der Löhne zum Ausdruck kommt. Jüngst veröffentlichte die Arbeiterpresse ein Schreiben, nach dem der Vertreter der Saarindustrie seine Mandatgeber aufforderte, sich mit aller Kraft bei den nächsten Stadt- und Gemeinderatswahlen dafür einzusetzen, daß wegen der eminent hohen Kommunallöhne keine Gewerkschaftsvertreter gewählt werden sollten. Diese Kreise scheuen sich keineswegs, fortwährend ihre nationale patriotische Gesinnung des Deutschtums zu betonen. In der Niederhaltung berechtigter Arbeiterwünsche gehen sie aber konform mit den ausländischen Kapitalisten an der Saar. Aber auch im früheren Saarrabien hat der organisatorische Gedanke gezeugt und die Arbeiterschaft wird darüber wachen, daß auch die Scharnacherbäume nicht in den Himmel wachsen.

## Rundschau

**Republikaner heißt mit!** Aus Kreisen der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ ist eine „Republikanische Beschwerdestelle“ ins Leben gerufen worden, die notwendige republikanische Kleinarbeit bei den Behörden leisten soll. Alle Republikaner, die von einem Verstoß gegen die Sicherheit und Hoheit der Republik oder von irgendwelcher Mißachtung der Verfassung seitens einer Behörde Kenntnis erhalten, werden dringend gebeten, genaue Mitteilungen hierüber an die „Republikanische Beschwerdestelle“, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 48, einzulenden. Diese Stelle wird alle eingehenden Nachrichten genau nachprüfen. Falls ein erheblicher Verstoß gegen Geist und Wortlaut der Verfassung festzustellen ist, wird sie — ohne Namensnennung — in geeigneter Form auf Beseitigung dieses Mißstandes hinwirken. Jeder Einsender wird von dem Erfolg der Bemühungen unerrichtet werden, irgendwelche Unkosten entstehen nicht!

**Der Reichs-Kleingärtnerstag in München.** Der Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands e. V. hielt in München während der Pfingstfeiertage den 4. Kleingärtnerstag ab. Die Tagung erregte sich auch großer Aufmerksamkeit bei den öffentlichen Behörden. Vertreten waren unter anderem das Preussische Wohlfahrtsministerium durch Geheimrat Pauls, das Bayerische Ministerium für soziale Fürsorge durch Oberregierungsrat Gruber, das Sächsische Ministerium durch Geheimrat Polenz, der Senat Hamburg, ebenso Bremen, die Stadt München und andere. Von auswärtigen Gästen ist besonders zu nennen Stadtrat Hofbauer-Wien als Vertreter der Stadt Wien, der den deutschen Kleingärtner die Grüße und Glückwünsche der österreichischen Kleingärtner überbrachte. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende des Reichsverbandes, Kellner-Frankfurt a. M., Kamrowski-Berlin den Rechenschaftsbericht, Krüger-Erlurt über die Verbandspresse. Nach einer vom Reichsverbande aufgenommenen Statistik gehören dem Reichsverbande 2558 Kleingärtnervereine an. Die buchmäßige Mitgliederzahl wurde mit 349 109 genannt. Nach einer Statistik, die insgesamt 333 400 Mitglieder erfaßt, setzten sich die Mitglieder aus folgenden Berufsgruppen zusammen. Gelehrte wie an- und ungelernete Arbeiter 164 423 = 48,1 Proz., Angestellte 32 003 = 9,6 Proz., Beamte 49 556 = 14,8 Proz., Selbständige Berufe 25 720 = 7,7 Proz., Klein- und Sozialrentner 13 365 = 4 Proz., Kriegsbeschädigte 10 180 = 3 Proz., alleinstehende Frauen 12 217 = 3,6 Proz. Die Berufsausschüttung war nicht feststellbar bei 30 026 = 9,2 Proz. Besonders beachtenswerte Reiserate wurde gehalten vom Vorsitzenden Kellner über „Ziele und Grenzen der wirtschaftlichen Ausgestaltung des Kleingärtnerwesens“, von Oberbaurat a. D. Freiliger Hermann Dresden über „Dauerkolonien im Rahmen neuzeitlichen Städtebaues“ und Gartenarchitekt Harry Mah Lübeck über „Die Schönheitliche Ausgestaltung der Dauerkolonien“. Der letzte Vortrag bildete den Höhepunkt der Tagung. Harry Mah verband es, durch Wort und Bild dem Laien wie dem Fachmann die Schönheit des Gartens, die Schönheit des Stadtbildes durch zweckmäßige Einzigung der Dauerkolonien in unverwundbarer Verbindung darzulegen. Den einzeren, geschäftsführenden Vorstand bilden Kellner-Frankfurt a. M., 1. Vorsitzender; Reinhold Berlin, Stellvertreter; Kamrowski-Berlin, Kellner; Krüger-Erlurt, Schriftleiter, Dietze-Leipzig, Beisitzer.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (K. A. M. A. M. e. V.) Verantwortl. Redakteur Emil Tilmmer, beide Berlin 20, 33, Eschstraße 42.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

„Wohnungswirtschaft“, Zentralorgan für die Wohnungsfürsorge aller Städte, Gemeinden, Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Mietervereine. Deutsche Wohnungsfürsorge K.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Demog).

Die Gewerkschaften haben seit langem erkannt, daß ihre vornehmste Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen des werktätigen Volkes zu verbessern, ungenügend gelöst werden würde, wenn sie sich ausschließlich auf eine Steigerung der Geldlöhne und nicht auch auf eine Sicherung des Reallohnes und seiner Kaufkraft einstellen würden. Der Lohn ist bekanntlich nichts weiter als ein Bezugsrecht auf Güter. Auf dem Gebiete des Wohnungsbedarfes arbeitet schon seit zwei Jahren die Demog. Sie ist mit einem Stammkapital von 50.000 Goldmark unter führender Beteiligung der drei freien Spitzenverbände am 11. März 1924 gegründet. Ein eigenes Organ, die „Wohnungswirtschaft“, erscheint im 2. Jahrgang, Nummer 12 dieser Zeitschrift bringt den Geschäftsbericht der Deutschen Wohnungsfürsorge K.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter für das Geschäftsjahr 1924. — Immer zahlreicher werden die Schritte unseres gewerkschaftlichen Kampfes. Überall werden arbeitende Kräfte gebraucht. Unseren siedlungs- und bauwirtschaftlichen Kollegen ist die „Wohnungswirtschaft“ als das Organ der Gewerkschaften zur Frage der Wohnungsbeschaffung bestens empfohlen.

Eine neue Schafepensée-Ausgabe. Nachdem schon im Herbst 1921 eine neue Schillerausgabe erschienen ist, bringt der Volkshäuserverlag (Berlin SW. 40) in der Reihe seiner Klassikerausgaben jetzt eine sechsbändige Ausgabe von Schafepensées Dramen. Die Ausgabe ist von Dr. Arthur Cioffler besorgt und verwirklicht in würdiger Weise das Programm, das sich der Volkshäuserverlag für seine Klassikerausgaben gestellt hat: nicht nur, daß es sich um eine gute Zusammenstellung der besten Uebersetzungen der Schafepensées Dramen handelt, — durch das Lebensbild Schafepensées, das Übersetzer der Ausgabe herausgestellt hat, durch seine Inappen aber außerordentlich lebendigen Einführungen zu den einzelnen Werken und durch kurze Anmerkungen am Ende jedes Bandes wird auch dafür gesorgt, daß Schafepensées Schaffen von jedermann voll verstanden und in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werden kann. Die Ausgabe ist philologisch gewissenhaft und doch im besten Sinne volkstümlich. Der Verlag hat ihr überdies ein sehr würdiges Gewand gegeben. Jede Bände, trotz ihrer durchschnittlich 400 bis 500 Seiten feinst und elegant druckend, auf hochwertigem Papier und in Ganzleinen gebunden und künstlerisch ausgestattet, lassen die Ausgabe auch äußerlich als wertvolle Bereicherung jedes Büchereis erscheinen. Der Band kostet im Buchhandel 4,20 RM., ist aber bereits zum Vorkaufspreise von 3 RM. durch unsere Uebersetzung Schafens und Bücher zu beziehen.

„Kampf um die Erde“. Beispiel zur Internationalen Arbeiter-Olympiade Frankfurt am Main vom 26. bis 28. Juli 1925. Von Alfred Kuebach, Verlag der Union-Druckerei, Frankfurt a. M.

Das Fest beginnt mit einem Prolog, der in gedrängter Form und gehämmertes Sprache den Kampf zwischen der roten Kraft und dem formenden Geiste zeigt. Es ist kein Prolog alten Stils, der mit Reimen und Höflichen Klängen, sondern ein hart — rhythmischer, klarer ringender, bewußter Kampferdrumme. Er ist für das freie Volk, die freie Luft und den freien Geist, für den großen, weittragenden Klang des Wortes geschaffen. Er ist Kampfring, denn die übliche Übersetzungsform ließ sich an geschlossenen Wänden genug tun. Wir schaffen heute nicht mehr Schreibräume, nicht mehr Reklamiraden, wenn wir die Zeit zu erschöpfen vermögen. Es auch das selbst einsehende Beispiel „Kampf um die Erde“. Es ist eine Reueform, die der geschlossenen Raum streng. Beim Lesen kann man der harte, hart bedrückende, zugleich mitreißende Zerkleinerer hören und das Ungewöhnliche fühlen lassen. Das Spiel ist nicht als die frühere Beispiel-Übersetzung, es ist ringender Kampf, alles hat sein, kein Papierschreibsel, sondern lebendiger Ruf aus einer Gesteirnis heraus, die schärflich sein und nicht doch, auch nicht Bedrücktheit hat dies fassige Wort geschaffen, sondern Künstlerpuls eines lebendigen Menschen, der diese so schwer und so schön, so machtvoll ringende Welt mit all ihren Fortschritten und Dingen schärflich misst. Sein Einzelne ist in diesem Drama, sondern das Wirkliche, unsere Fortschritt, unter Zusammenbruch, unsere Katastrophe, unsere Katastrophe am Beginn des Kontinents und unsere Freude an der beginnenden Jugendlichkeit. Es gibt ein Beispiel aller Beispiele durch das Wort, das hier ein Hinweis über die einseitigen Territorien oder Quantitäten, die bei solchen An-

lassen früher Schwächen über die beiden, geballigen Ideen geben. Dies Wort läßt schon dem Leser das Blut kochen, die moderne Hartnack, die Hindurchgeht, zeigt ihn über sein Kleinen hinaus, er sieht die Kräfte, die ihn mitbewegen, von höherer Schau und erlebt den Zeitkampf in großer Stille. Alles in allem: Es ist ein feines Stück, das der Literatur von Alfred Kuebach geschenkt worden ist; insofern wird die Olympiade bereits kulturfördernd, noch ehe sie ihre Helden öffnet.

Karl Grottel. (In seinem 20. Lebensjahr) Am 14. Juli 1906 erkrankte in der Müggelsee-Krampfe der sechsjährige Dichter und Naturforscher Karl Grottel. Als Literaturrevolutionär hatte er begonnen, und als politischer Revolutionär trat er in die Reihen der sozialdemokratischen Berliner Arbeiterschaft. Im Jahre 1890 gab er gemeinsam mit Alexander Lauenstein (Alexander Ilse) ein kleines Quartett heraus: „Sonnenaufgang“ das läßt der neuen realistischen und naturalistischen Richtung Bahn brechen wollte. Die ganzen Arbeits- und Lebensbedingungen, die der Kapitalismus dem modernen Menschen geschaffen hatte, erschienen dem Naturforscher Grottel als ein großes und ungelöstes. Er folgte dem großen Tolstoi und wurde Dichter. Er verdrängte ungeduldet alle landwirtschaftlichen Arbeiten — er misste den Stall und hatte Kartoffeln. Auf dem Lande verweilte er völlig mit der Natur, und hier schuf er für den großstädtischen Arbeiter naturwissenschaftliche Aufsätze von einer Größe und Schärfe, wie sie kaum irgendwo andere Literatur aufzuweisen hat. Seine Darstellungswelt bezeichnete Wilhelm Bölsche als „eine Zeit“ für das naturwissenschaftliche Gebiet. Bölsche, der tiefe Naturphilosoph, hat auch eine zusammenhängende Reihe von Naturwunderungen unseres Karl Grottel unter dem Titel: „Sonntag eines Großstädters in der Natur“ (Verlag J. S. B. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin) herausgegeben. Dem wackeren Arbeiter auch gerade diese kräftige Schöpfung unseres leider so früh verblühten Genossen eine hochwichtige Aufgabe sein. Er wagt in die weite Welt der einzelnen Momente ganz hinein. Grottel wollte eine himmelstille Monographie der deutschen Waldländer verfassen — da durchschneit der Tod plötzlich seinen Lebensplan. Aber es waren fertig, in sich abgerundete Studien zu dieser Monographie vorhanden und so konnte Wilhelm Bölsche sie zu dem prächtigen Volksbuch „Unser Wald“ (Verlag J. S. B. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin) zusammenstellen. „Es erzählt von dem einen unterirdischen Welt des Volkes — dem Walde. Wälder es beitragen zum Genuß dieses Festes, der uns bezaubert, ihn für ein gleichgültiges Gut zu halten.“ (Bölsche.) In den auch nicht geschätzten Aufsätzen von Karl Grottel, darunter auch ein unerschütterliches pädagogischer Werk zur Erziehung unseres arbeitenden Volkes. Wie ein Ommus auf die kulturgeschichtliche Arbeit bringen seine Aufsätze über die Veränderung der Flora und Fauna durch Menschenhand. Sie wird der Dieckhoff-Verlag in Kürze herausgeben. In ihnen hat Wilhelm Bölsche abermals eine alte Aufgabe wieder aufgenommen. Dem Bölsche sind auch diese Aufsätze vervollständigt und in Einklang mit den neuesten Forschungsergebnissen gebracht.

**UNGEKÜRZTE SONDERAUSGABE**

Karl Marx

**DAS KAPITAL**

Kritik der politischen Ökonomie  
Eine gemeinverständliche Ausgabe  
Preis 2.— Mark, kartoniert

Zu beziehen durch die Abteilung  
**BUCHER UND SCHRIFTEN**  
BERLIN SO 33, SCHLESISCHE STRASSE 42



Mit bedingungslosstem Rückkaufsgarant bei Nichtgefallen  
Schöne led. Überz. bis gegen bequeme Wochenmieten von nur 1 Mk.

Handlungen, Leuten, Gärten, Villen etc., Speechapparate und Phonos, Grammophone, Gramm., Photographische Apparate etc. H. Katalog A gratis u. frei.  
Walter H. Garis, Postfach 111, Berlin S. 42.

**„Komet-Freilauf“**  
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

In der Sammlung  
**Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“**

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

sind neu erschienen:

**Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot**  
Finanzierungsversuche und -möglichkeiten von Victor Rood, Berlin

**Heft 15: Die deutsche Literatur**  
von Johannes Gut, Berlin

**Heft 16: Gewerkschaften, Industriemenschheit und Produktionschule**  
von Emil Dittmer, Berlin

**Heft 17: Gemeinwirtschaft, Sozialismus und Gewerkschaften**  
von Hermann Mattutat, Stuttgart

**Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung**  
von Oskar Kurpat, Leipzig

Der Preis des Einzelheftes beträgt 0,40 M., für Verbandsmitglieder 0,25 M.

**Bisher sind erschienen:**

**Heft 1: Aufgabe zur Einführung in die Psychologie.**  
Von Wilhelm Lukas, Essen a. d. Ruhr.  
Eine Fülle von Anregungen und leichtverständlichen Erklärungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens, Denkens und Empfindens sind in dieser Schrift aufgezählt.

**Heft 2: Semmelweis.**  
Eine österr. Geschichte v. Alfred von Berger. (Vergriffen.)

**Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.**  
Von Johannes Gut, Berlin. 2. Auflage.  
In die Tiefen und Weiten des unermesslichen Weltalls führt Joh. Gut mit dieser Schrift über die Entwicklung der Welten, über Kraft und Stoff, die Grundlagen des Weltaufbaues.

**Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.**  
Von Johannes Gut, Berlin. 2. Auflage.  
Von der winzig kleinen Zelle angefangen bis zu hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einzelligen Lebewesen bis zur Millionenzellenorganisation wird in vollstündiger Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.

**Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.**  
**II. Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung.**  
Von Fritz Wuniner, Berlin.  
Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden Vorträge geben einen Überblick über die bisherige und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.

**Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.**  
Von Emil Dittmer, Berlin.

In bemerkenswerter Weise legt der Verfasser eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder einzelne einwirken kann, um am Ganzen mitzuwirken.

**Heft 7: Soziale Gedichte.**  
Eine Auswahl neuerer Arbeiterdichtungen, die vom Schaffen und Erleben, von Freude und Leid des arbeitenden Volkes singen.

**Heft 8: Die Entfaltung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.**  
Von Johannes Gut, Berlin.  
Im ersten Teil der Entwicklungsgeschichte führt und Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise, beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altertum und Mittelalter der Weltgeschichte.

**Heft 9: Die Entfaltung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.**  
Von Johannes Gut, Berlin.  
Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts legt der Verfasser den gewaltigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial belegt, wird die Geschichte der heutigen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.

**Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.**  
Kurze Biographien über Marx, Bebel, Legien u. a. Das Buchlein bringt uns eine Auswahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und freigeistliche Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.

**Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten.**  
Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.  
Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungsschutzes für Betriebsvertretungsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.

**Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?**  
Von Oskar Kurpat, Leipzig.  
Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Anforderungen der freien Gewerkschaften und erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutsamsten Teiles der modernen Arbeiterbewegung.

**Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.**  
Von Willy Schapla, Leipzig.  
Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwicklungslinie des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapitalistischen Entwicklung. Unternehmungsformen. Die modernen industriellen Konzepte u. a.

Die Preise für die Hefte 1 bis 4, 8 bis 18 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7, 0,25 Goldmark, für Verbandsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 Goldmark.

Zu beziehen durch:  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.  
Berlin SO. 33. Schleifische Straße 42.